

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Colonelzeile für Arbeitslosengehe 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Bundes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seltenerstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Zeitverbesserung.

Der Mensch soll nicht über seine Zeit klagen, dabei kommt nichts heraus. Die Zeit ist schlecht; wohl, er ist da, sie besser zu machen.

(Carlyle.)

Ist unsere Zeit wirklich so schlecht? Wollen wir tauschen mit dem Zeitalter vor etwa hundert Jahren, als in unseren Vaterlande mehr Schlafende als Wachende waren und mehr Knechte als Freie? Oder ist darum unsere Zeit schlecht, weil es dem schlichtesten Arbeiter allmählich einleuchtet, daß er mehr ist, als eine unbewußte Arbeitsmaschine, daß auch er die Kraft und damit die Pflicht hat, ein denkender und selbständiger Mensch zu sein, daß er dem inneren Werte nach den Millionär übertreffen kann? Gewiß stellt ein zum Leben erwachter, seiner Menschenwürde bewußter Mensch ganz andere Ansprüche an den Lebensgenuss und an die Art seiner Mittelmenschen, als der stumpfsinnig geistlose, der nur darum nichts wünscht und begehrt, weil sein Horizont mit den engen Wänden seiner Häuslichkeit oder mit den letzten Mauern seiner Gemeinde abgegrenzt ist.

Wohl ist es kein ideales Merkmal unserer Zeit, daß die Freiheitsliebe und die vermehrte Selbständigkeit des Individuums ihr Endziel in schrankenlosem Sinnengenusse sieht, und daß fast auf der ganzen Linie die Parole lautet: „Mehr haben, um mehr genießen zu können.“ Darum braucht man aber nicht „Ach und Wehe“ über unsere Zeit zu rufen. Die Menschen sind nun einmal sinnlich-geistige Wesen; da ist es fast natürlich, daß der Durchschnitt der Menschen sich dem Sinnfälligen zuwendet. Aber geht nicht gerade in unsern Tagen das große innere Erlebnis durch die Menschheit, daß wahrer Menschenwert und wahres Menschenglück eine Stufe höher zu suchen ist: in der Region des Geistigen? Gewiß haben erst wenige die Kraft, die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen, und im Kampfe mit dem Sinnenglücke, dem, was des Geistes ist, zur Herrschaft zu verhelfen.

So sicher wie der Geist einen wesentlichen Teil der Menschheit bildet, so sicher trägt auch jeder einzelne in sich den Beruf, an der Lösung der großen Gegenwarts- und Zukunftsaufgabe mitzuwirken. Wahre Geistesfreiheit im edelsten Sinne des Wortes, Verständnis für die Menschenwürde, Erkenntnis der großen Jenseitsaufgabe — das sind die nächsten Ziele der Zukunft. Mit dem allgemeinen Erwachen des Freiheitsbedürfnisses und dem Drange, unberechtigten Zwang abzuschütteln, ist die Vorbedingung dazu gegeben; aber viele Wege werden noch weit ab vom Ziele. Jeder, der den Blick auf das wahre Lebensziel gerichtet und auf dem rechten Wege Fuß gefaßt hat, soll nicht jammern über die Stiefen, die in Blindheit Zerpfade wandeln, sondern statt dessen möge er Pfadführer werden.

Je mehr Menschen fähig und bereit sind, den Schwachen Stärke und den Blinden Führer zu sein, desto berechtigter ist die Hoffnung auf Besserung unserer Zeit.

Vollwirtschaftliche Rundschau.

Am 5. Juli tagte in Brüssel eine internationale Konferenz der Eisen- und Stahlindustrie unter dem Vorsitz von Carl, des Leiters des Stahlwerks, Duisburg, waren u. a. anwesend: Hr. von Bodenhausen vom Krupp'schen Werk, August Thyssen von Wilhelm a. d. Ruhr, Kommerzienrat Kersch von der Gutehoffnungshütte, Dr. ing. Schütter, Redakteur von „Stahl und Eisen“ und Schalkenbrand, der Direktor des Stahlwerksverbandes. Das Resultat der Verhandlungen ist die Einsetzung einer Kommission, welche die notwendigen Vorarbeiten (Statuten, bestimmte Vorschläge des Arbeitsgebietes usw.) erledigen soll. Erst wenn diese vorliegen, wird es möglich sein, einigermaßen ein sicheres Urteil über den Charakter dieser internationalen Konvention abzugeben. Bis jetzt ist das Arbeitsgebiet noch ganz unbestimmt, man weiß noch nicht, ob Preisvereinbarungen getroffen werden sollen, ob die Arbeitsgebiete abgegrenzt oder nur allgemein wirtschaftliche Fragen Gegenstand der Beratung sein sollen.

Während wir internationale Syndikatsbestrebungen sehen, haben unsere heimischen Verbände schwere Krisen durchzumachen. Noch immer ist der Bestand des Eisenerz-Hüttenverbandes nicht gesichert, neue Schwierigkeiten sind wieder aufgetaucht. Wie die Köln. Btg. zu melden weiß, hat die Rathildenhütte in Hatzburg dem Verbande gekündigt; die Gutehoffnungshütte dagegen ist von ihrem starken Standpunkte, den sie in der Frage der Beteiligung eingenommen hat, abgekommen, sie ist bereit, sich mit andern ihr gewöhnlichen Vorteilen zufriedenzugeben.

Ohne weitere Schwierigkeit ist die Schraubenkonvention vom 15. Juli d. J. bis 15. Januar n. J. verlängert worden. In ihr sind die Übergangsmaßnahmen der Interessenten vereinigt; an bedeutenderen Aufenseitern sind nur 4 vorhanden, die aber für den Bestand der Konvention ohne Bedeutung sind.

Schon in unserer letzten Rundschau wurde erwähnt, daß sich auf allen Gebieten der Metallindustrie eine überaus starke Produktion bemerkbar macht. Da es sich darum handelt, daß in nächster Zeit die Beteiligungsziffern in den großen Verbänden neu geregelt werden, so ist das Vorgehen der Werke verständlich. Sie zahlen jetzt gerne die auf die Quotenüberschreitung bestimmte Auflage, um bei den Verhandlungen möglichst große Fortbewerger stellen und dementsprechende An-

teile erlangen zu können. Die Roheisenerzeugung im Juni hat allerdings nach der bedeutenden Steigerung im Mai abgenommen, sie betrug 1262 997 To. gegen 1812 255 To. im Vormonat. Gegen den gleichen Monat des letzten Jahres ist aber eine Vermehrung von 43 926 To. zu konstatieren. Daß die Lage der Roheisenindustrie, insbesondere die der reinen Werke, trotz der sich immer steigenden Produktion alles andere als eine glänzende ist, beweist eine Statistik, die der Berg- und Hüttenmännische Verein zu Siegen über die Ertragsnisse der reinen Hochofenwerke — soweit sie Aktiengesellschaften sind — aufgestellt hat. Danach verteilten Dividenden:

	1909	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	im Jahresdurchschnitt
Röln-Müßener Bergw.-A.-B.	6	6	5	0	4	8	9	4.5	0	0	4.2
Eisenerz-Hütte	10	15	8	4	0	7	12	8	4	3	7.1
Eisenerz-Hütte	25	20	10	5	15	15	15	7	3	3	11.8
Hahner Hütte	—	—	—	—	0	8	8	5	3.5	0	2.7
Johannes-Hütte	16	10	4	3	2	4	10	0	0	0	4.9
Niederlohn-Hütte	12	8	4	1	3.5	5	10	5	0	0	4.8
Nolands-Hütte	5	10	8	7	2	0	12	5	2	0	5.1

Auffallen müssen besonders die schlechten Ergebnisse der Jahre 1908 und 1909, sie geben aber auch die Erklärung für eine andere wirtschaftliche Erscheinung: für die stetig zunehmenden Fusionen, die Angliederung bearbeitender Betriebe an die reinen Werke. Wir werden ihrer in einem besonderen Artikel gedenken.

Wie die Roheisenproduktion einen, wenn auch nicht allzu bedeutenden Rückgang erfahren hat, so auch der Verband des Stahlwerksverbandes im Juni an B-Produkten. Der Verband im Juni betrug 499 288 To. Rohstahlgewicht gegen 532 357 To. im Mai d. J.; er bleibt also mit 33 069 To. zurück, überholt allerdings den Verband des gleichen Monats i. J. 1910, um 51 158 To. Die Produktion blieb gegen den Vormonat im Halbzeug um 1 860 To., an Eisenbahnmaterial um 22 427 To. und an Formeisen um 14 791 To. zurück. Der Verband im Mai an Produkten W hat, wie schon das letzte Mal ausgeführt, gegen den April eine nicht unbedeutende Steigerung erfahren; ebenso verhält es sich mit dem Verband an B-Produkten. Er betrug im Mai 543 016 To. Rohstahlgewicht gegen 496 702 To. im April (+ 51 314 To.) Im Mai 1910 hatte der Verband 457 570 To. (- 80 446 To.) betragen. An Stabeisen betrug er 317 566 To. (288 461); an Blechen 95 197 To. (86 514), an Walzdraht 71 297 To. (67 356), an Guß- und Schmiedestücken 48 791 To. (41 415), an Röhren 15 165 To. (12 859).

Wenn wir bedenken, daß der Markt in Stabeisen immer mehr angeengt worden ist, der Verband in den ersten fünf Monaten 1910 betrug 1 391 029 To., in der gleichen Zeit d. J. 1 461 955 To. (+ 70 926 To.), so kann es nicht Wunder nehmen, daß die Preise so ungünstig sind wie noch selten. Während noch vor Kurzem 100—105 M. pro To. bezahlt wurden, so jetzt nur noch 98—103 M.! Und das trotz der regen Nachfrage nach Stabeisen, die von Interessentenkreisen immer wieder betont wird. — Die von der Großhüttenkonvention aufgestellten Grundpreise sind ebenfalls stark ins Wanken geraten — sind sie doch durchschnittlich um 2 M. gewichen. — Am Drahtmarkt hat sich nichts geändert; die Lage ist nach wie vor sehr verunsichert.

Entsprechend dem Rückgang der Werkpreise haben auch die Eisenhändler eine Preisreduktion in ihren Lagerbeständen eintreten lassen.

Am Kleinisenmarkt hat sich nichts geändert. Die Nachfrage ist zwar lebhaft, doch lassen die Preise auf allen Gebieten zu wünschen übrig.

Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt lauten die Nachrichten fortgesetzt günstiger. Die Lage auf dem Roheisenmarkt ist zwar noch recht ungelöst und ungleich. Die Nachfrage ist schwach, wenn auch im ganzen lebhafter als das teilweise schon wieder eine kleine Erhöhung des Roheisenpreises eintreten konnte. In manchen Werken schweift man zu einer Einschränkung der Roheisenproduktion, da die Erzvorräte erschöpft sind und man ein zeitweises Stilllegen der Ofen für rentabler hält.

Der Auftragsbestand des Stahlwerks hat sich im Juni bedeutend gehoben. Er belief sich Ende des Monats auf 3 361 000 To. gegen 3 113 To. Ende des vorigen Monats. Die Werke des Stahlwerks sind nunmehr wieder mit 68 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit und teilweise noch besser beschäftigt. In Schienen wie in anderen Fertigprodukten herrscht rege Nachfrage.

Als Charakteristikum der amerikanischen Aufassung sei angeführt, daß sich infolge der neuerlichen Belebung schon wieder überall ein hoher Optimismus bemerkbar macht, den wir allerdings bis jetzt noch nicht zu teilen vermögen. Unsere Industrie steht u. G. nicht darnach, daß übermächtige Hoffnungen am Werke wären. Ganz verfehlt wäre es, solche zu legen, bis wenigstens der Fortbestand der großen Verbände außer Frage steht. Der Zweifel laßt sich brüden. auf dem ganzen Wirtschaftsleben. Im ganzen betrachtet, hat sich dieses im abgelaufenen Quartal nicht ungünstig entwickelt. Daß in Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. G. neu investierte Kapital heißt sich laut Brk. Btg. auf 345 524 000 M. gegen 324 560 M. im 1. Quartal. Zweifel sind allerdings berechtigt, ob diese Entwicklung in dem tatsächlichen Stand unseres Wirtschaftslebens seine ausweichende Beurteilung findet.

Fusionen in der Metallindustrie.

Wir leben augenblicklich in einer Zeit der Fusionen und Interessengemeinschaften; die Großen haben das Bestreben immer größer zu werden und die Kleinen sind gezwungen, sich ihnen anzuschließen, wenn sie nicht dem wirtschaftlichen Ruin verfallen wollen.

Es ist schon öfters an dieser Stelle von der schlechten Lage auf dem Röhrenmarkt berichtet worden; kein Wunder, daß die reinen Röhrenwerke angewiesen sind, Anschluß zu suchen, wo sie billige Rohstoffe beziehen können. Umgekehrt haben die großen Gemischtwerke ein Interesse daran, immer mehr Fertigfabrikationen sich anzugliedern, denen sie ihre Rohstoffe abliefern können.

Gebanken dieser und ähnlicher Art mögen für die neueste Interessengemeinschaft zwischen der Rheinischen Stahlwerke und Walke, Telling u. G., maßgebend gewesen sein. Die ersten wurden im Jahre 1870 gegründet, ihr Aktienkapital besteht heute aus 40 Mill. Mark. Sie besitzen 5 Hochofen, Thomas- und Martinstahlwerke in Verbindung mit Walzwerken; daß der Roheisenbergbau nicht fehlt, ist selbstverständlich. Die Rhein. Stahlwerke produzierten im Geschäftsjahr 1909/10 407 866 To. Roheisen, 456 995 To. Thomas- und Martinstahl und 401 257 To. fertige und halbfertige Erzeugnisse. Rohlen wurden 1 017 016 To. gefördert, wovon 647 748 To. in eigenem Betrieb verbraucht wurden. Das Werk beschäftigt 10 700 Arbeiter und Beamte. Wohl nicht zuletzt infolge des gemischten Betriebes war die Rentabilität immer verhältnismäßig gut. 1909/10 wurde eine Dividende von 7 Prozent verteilt, die diesjährige soll noch etwas höher sein. In früheren Jahren wurden verteilt 9, 12, 15, 11 und 6 Prozent.

Die Walke, Telling u. G., A.-G. in Venray wurde 1899 gegründet als reines Röhrenwerk, das es bis heute geblieben ist. Auf eine Dividende hat es in diesem Jahre nicht zu rechnen.

Die Interessengemeinschaft ist auf die Dauer von 30 Jahren gebildet, wenn nicht innerhalb 4 Jahren Walke-Telling von seinem Rechte, die Fusion herbeizuführen, Gebrauch macht. Die Rheinischen Stahlwerke garantieren den Aktien der Walke, Telling u. G. eine Mindestdividende von 5 Proz. Die Fusion, die beide Teile bis zum angegebenen Zeitpunkt verlangen können, wird so durchgeführt, daß für je 3000 M. Nominalwert Walke-Telling-Aktien 2000 M. Nominalwert Aktien der Rheinischen Stahlwerke gegeben werden.

Die neue Reichsversicherungsordnung.

Wir kommen nun zur Besprechung des sechsten Buches, Das Verfahren.

Das Buch gliedert sich in vier Gruppen. Die erste Gruppe handelt vom Feststellungsverfahren, d. h. die Vorschriften darüber, in welcher Weise die Leistungen festgestellt oder die Ablehnung von Ansprüchen erfolgt. Der Anspruch auf eine Leistung ist wie bisher zunächst bei dem Versicherungsnehmer geltend zu machen. Im Falle der Krankheit also Anmeldung bei der Krankenkasse, Knappschafts- oder Ersatzkasse. Wird von einer Krankenkasse der Anspruch ganz oder teilweise abgelehnt, so kann zunächst das Versicherungsamt, dann das Oberversicherungsamt zur Entscheidung des Streitfalles angerufen werden.

Anträge auf die Leistungen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung sind an das Versicherungsamt zu richten; die Beweismittel sollen beiliegen.

Zuständig ist das Versicherungsamt, in dessen Bezirke der Versicherte zur Zeit des Antrages wohnt oder beschäftigt ist.

Der Vorsitzende des Amtes ermittelt den Sachverhalt. Dabei kann er um Rente nachsuchende Berechtigte verlangen, daß das Gutachten eines von ihm benannten Arztes eingeholt wird; die Kosten hat er jedoch selbst zu zahlen. Schließlich wird die Sache vor dem Versicherungsamt, teilweise unter Zugiziehung von je einem Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in mündlicher Verhandlung begutachtet. Die Verhandlungen und das Gutachten werden der Versicherungsanstalt übermittelt. Der Vorstand derselben stellt nun die Leistungen fest. Er hat einen jährlichen Bescheid zu erteilen. Wird der Anspruch abgelehnt, so ist dem Berechtigten von dem Gutachten des Versicherungsamtes auf Antrag kostenlos Abschrift zu erteilen. Ferner sind ihm auf Antrag Abschriften der Niederschriften über die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen sowie der ärztlichen Gutachten zu erteilen; die Kosten hat der Antragsteller vorher zu zahlen. Sämtliche Abschriften sind nur zu erteilen, soweit dies mit Rücksicht auf den Berechtigten zulässig erscheint. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig.

Bei der Unfallversicherung ist das Verfahren nicht so einfach; das Feststellungsverfahren ist gegen bisher erheblich verbessert. Zunächst ist jeder Unfall, wie bisher, bei der Ortspolizei und bei der zuständigen Berufsgenossenschaft anzumelden. Sodann kommt die Unfallunterforschung. Wie bekannt, hängt die Gewährung von Rente oder bezahlte Vielfach davon ab, wie der Arzt den Unfallverletzten in Bezug auf die verbliebene Erwerbsfähigkeit einschätzt. Die Berufsgenossenschaft und auch andere Träger haben Vertrauensärzte ange stellt, die zumeist besetzt sind, die Interessen ihrer Brotgeber mehr zu wahren, als die der Versicherten. Das ist oft bestatet worden. Nun hat der Reichstag hier Wandel

geschaffen, das bisherige Verfahren ist verbessert worden. Bei der Unfallversicherung best. bei der Beweisnahme ist den Beteiligten Gelegenheit zur Teilnahme zu gewähren. Das Versicherungsamt als unparteiische Behörde kann dabei mitwirken. Hat der Träger, d. i. die Berufsgenossenschaft, einen Widerspruch wegen der Höhe d. E. erteilt, so kann dagegen innerhalb eines Monats Einspruch erhoben werden. Dieser Einspruch begründet das Recht auf persönliche Gehör des Berechtigten. Er kann also seine Ansichten und seine Gründe gegen den Bescheid und gegen das ärztliche Gutachten persönlich vorbringen. Der Versicherungsträger ist nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung aber auch verpflichtet, den behandelnden Arzt zu hören. Das ist bisher in den wenigsten Fällen geschehen, und wenn, so galt das Gutachten des behandelnden Arztes meistens nicht, soviel wie das des Vertrauensarztes des Trägers. Auf Verlangen des Berechtigten ist auch ein anderer von ihm bezeichneter Arzt als Gutachter zu vernehmen. Die diesbezüglichen sehr wichtigen Bestimmungen lauten:

Ist nicht schon durch die Versicherungsträger ein Arzt gehört worden, dem der Versicherte nach eigener Wahl seine Behandlung übertragen hat, so hat das Versicherungsamt auf den bei der Vernehmung zu stellenden Antrag des Versicherten das Gutachten eines bisher noch nicht gehörten Arztes einzuholen, wenn das Gutachten nach Ansicht des Versicherungsamtes für die Entscheidung von Bedeutung sein kann. Reht der vom Versicherungsamt um sein Gutachten ersuchte Arzt die Erstattung des Gutachtens ab, so entscheidet das Versicherungsamt, ob und von welchem anderen Arzte ein Gutachten einzuholen ist.

Auf Verlangen des Berechtigten ist in allen Fällen, wenn er die Kosten im voraus entrichtet, ein von ihm bezeichneter Arzt als Gutachter zu vernehmen. Lassen sich diese Kosten im voraus nicht bestimmen, so kann das Versicherungsamt einen Aufschubbetrag als Sicherheitsleistung für diese Kosten erfordern.

Ist bei der endgültigen Festsetzung auf Grund des neuen Gutachtens eine Rente, die im Bescheid abgelehnt war, gekürzt oder die im Bescheid festgesetzte Teilrente erhöht worden, so sind dem Berechtigten die Kosten zu erstatten, soweit es angemessen ist. Bei Streit über die Erstattung entscheidet auf Beschwerde das Oberversicherungsamt endgültig.

Handelt es sich um einen Anspruch bei Veränderung der Dauerrente, so findet die Vernehmung des Berechtigten vor dem Versicherungsamt statt. Dem Versicherungsamt sind vom Träger die Vorverhandlungen vorzulegen. Bei der Vernehmung kann der Verletzte oder Berechtigte erwachsene Angehörige oder andere geeignete Personen als Beistand zuziehen.

Schließlich wird ein Endbescheid erteilt. Dieser muß den Bemerkt erhalten, daß er rechtskräftig wird, wenn nicht innerhalb eines Monats dagegen Berufung beim Oberversicherungsamt eingelegt wird.

Nichtet sich die Berufung gegen den Endbescheid, eines Trägers der Unfallversicherung, dann sind dem Berechtigten auf Antrag vom Oberversicherungsamt die Unterlagen und das Gutachten des Versicherungsamtes abschriftlich zu übermitteln. Das ist nicht ohne Bedeutung für die Verletzten, deshalb hat der Reichstag diese Bestimmung im Gesetz aufgenommen.

Bei den Verhandlungen der Spruchkammern der Oberversicherungsämter wirken Beisitzer (Versicherungsvertreter) mit.

In Sachen der Unfallversicherung sollen außer der Reihe möglichst Beisitzer aus Angehörigen solcher Betriebe zugezogen werden, welche dem Unfallbetriebe technisch und wirtschaftlich nahe stehen. Dies muß geschehen, wenn es sich um Unfälle in der Landwirtschaft oder in Bergbaubetrieben handelt, sofern Angehörige solcher Betriebe als Beisitzer bei dem Oberversicherungsamt vorhanden sind. Ausnahmen sind aus besonderen Gründen zulässig, die in den Akten zu vermerken sind.

Bestimmte, beim Oberversicherungsamt zur Entscheidung überwiesene Fälle, muß dieses dem Reichsversicherungsamt überweisen.

Der Rekurs beim Reichsversicherungsamt ist im Hinblick auf die Größe und Belastung des Amtes einge-

schänkt worden. Trotz seiner vielen Senate sind jährlich Tausende von Aktenbänden zu verzeichnen. Das liegt nicht im Interesse der Versicherten, wenn sie so lange auf einer Entscheid warten müssen. Die endgültigen Entscheidungen sind also mehr den Oberversicherungsämtern, die an Stelle der jetzigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung treten, überlassen worden. Es muß betont werden, daß jeder Rentenbescheid nach den Verhandlungen vor dem Versicherungsamt durch Berufung am Oberversicherungsamt angefochten werden kann. Der Rekurs zum Reichsversicherungsamt bleibt bestehen für die Frage, ob ein Betriebsunfall vorliegt oder nicht, sodann für die Bewilligung von Dauerrenten.

In Stelle des Versicherungsamtes tritt das Landesversicherungsamt, wenn die rechtskräftige Entscheidung von einem Oberversicherungsamt erlassen ist, das im Bezirke des Landesversicherungsamtes seinen Sitz hat, oder die rechtskräftige Feststellung von einem Versicherungsträger getroffen ist, dessen Bezirk sich nicht über das Gebiet des Bundesstaates hinaus erstreckt.

Gegen die Urteile der Spruchkammern ist in Sachen der Krankenversicherung, sowie der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung Revision zulässig, wie bisher in beschränktem Maße. Die Revision kann nur eingelegt werden, wenn das angefochtene Urteil auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechtes oder auf einem Verstoße wider den klaren Inhalt der Akten beruht, oder das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet.

Sobald über das Verfahren. Unsere Gewerkschaftler werden gut daran tun, die in Bearbeitung befindliche Broschüre darüber seinerzeit zu kaufen, damit sie vor Schäden bewahrt werden. Sie bereits angekündigte Broschüre enthält populäre Hinweise, wie man es anfangen muß, um auf dem Gebiete des Versicherungswesens zu seinem Rechte zu kommen.

„Sitz Berlin“ und die „Sozialen Studentenblätter“.

Eine kleine Satire „Ueber die von Gott geordneten Stände“ von M. Remort, welche die Sozialen Studentenblätter in Nr. 3/4 des laufenden Jahrganges brachten, hat „Sitz Berlin“ die vermutlich lang ersehnte Gelegenheit zu einem großartigen Angriff auf Dr. C. Sonnenschein (M. Glabacher), den Organisator der sozialistischen Bewegung. Der „Arbeiter“ vom 16. Juli 1911 fand darin nichts weniger als „vollendeten sozialen Modernismus“, ja sogar „unvergleichlichen Sozialismus“. Zum Beweise haßte bringt er die Worte der Enghilfa „Quod Propositio Mauerl’s“, mit denen sich der Artikel angebl. in Widerspruch setzt. Die von der Enghilfa geforderte ständische Gliederung der Gesellschaft sei verhöhnt worden, und die „ungeheuerlichen Darlegungen“ bewiesen klar, daß Dr. Sonnenschein nicht der Mann sei, der die katholischen Studenten gemäß den Weisungen des päpstlichen Stuhles in die soziale Arbeit einführen könne. Wie diese Auslassungen von „Sitz Berlin“ zu beurteilen sind, zeigt Dr. Mareš (M. Glabacher) in der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ vom 22. Juli 1911. Wir entnehmen seinem Aufsatz „Berliner Kritik“ folgende Stellen:

„Man kann über die Formulierung der Satire verschiedener Ansicht sein. Manche werden sie vielleicht ein wenig spitz und einseitig finden; andere werden erwidern, es sei die geistreiche Liebertreibung gerade die Eigenart und das Mittel satirischen Schriftstellertums. Da die „Sozialen Studentenblätter“ kein Sechsbuch moralischer Tendenz für Schulknaben, sondern Lektüre in erster Linie für Unversitätsstudenten darstellen, konnte man die Entscheidung darüber, ob ein solches feuilletonistisches Erzeugnis Soziologie lehren oder durch seine Gehelung des in den Salons geprägten „Begriff“ der Stände zum Nachdenken über diese Fragen anregen sollte, sicherlich dem Leserkreis überlassen. Das um so mehr, als durch die Formulierung und Sperrung wohl deutlich genug gezeigt war, daß die Attade nicht dem Problem der ständischen Organisation, sondern dem erhabenen Selbstgefühl jener akademisch Gebildeten, Reichen und Ordensgeschmückten galt, die ihre kastenmäßige Abschließung und ihr mangelndes soziales Verständnis mit einem seltsamen nach eignen Wünschen formulierten Ständebegriff bedien wollten, für den sie dann

wach eine Bestätigung durch die Religion verlangen. Daß nicht göttliche Weltanordnungen, sondern menschliche Schwächen, Egoismus und Kastengeist der jedes soziale Emporstreben verhöhren will, zum Gegenstand der Satire gemacht werden sollte, und daß die satirische Schilderung, es flüchten in den Salons, daß „die“ Stände von Gott gewollt seien, die Entwicklungsmöglichkeiten ständischer Organisationsformen betonen nicht aber die Existenzberechtigung der Stände leugnen sollte, schien klar genug hervorgehoben. Eine allgemeine soziale Gleichstellung im Sinne abstrakter Gleichmacherei und Zerschlagung der gesellschaftlichen Ordnung konnte doch wohl kaum als Förderung eines Mattes angesehen werden, dessen Tendenz die Verkündigung der Handarbeitenden mit der Geistesarbeitenden auf Grund der Achtung gegenseitiger Lebensstellung und Lebensbedingungen ist.“

„Unter diesen Erwägungen dürfte die Satire einem größtenteils akademisch gebildeten Leserkreis vorgelegt werden. Es war „Sitz Berlin“ vorbehalten, darin Aufklärungskost zu stuben. „Sitz Berlin“ suchte wohl schon lange nach Gelegenheit zur „Bekämpfung“ gegenüber Dr. Sonnenschein, der als Organisationsfaktor M. Glabacher Richtung großen Einfluß auf die Öffentlichkeit zu gewinnen drohte. Die bisher erschienenen zahlreichen Publikationen der sozialistischen Bewegung boten keine Handhabe. Endlich kam ein Artikel, den man, wenn man ihn aus dem Rahmen der Zeitschrift riß, seinen Zweck vergaß und „Textkritik“ läßt, mißverstehen konnte, wenn man wollte.“

Der Aufsatz widerlegt sodann in eingehender eingehend die Angriffe von „Sitz Berlin“ und zeigt, daß der angebliche Widerspruch zwischen der Enghilfa und den „Sozialen Studentenblättern“ nur dann gefunden werden kann, wenn man die Worte in der Richtung des gewünschten Sinnes preßt und sich des Nachdenkens über die eigentliche Absicht des Artikels sorgfältig entfährt. Nach einer gründlichen Abschätzung des „Arbeiter“ schließt der Verfasser mit folgenden Bemerkungen: „Der letzte Teil des Aufsatzes im „Arbeiter“ bringt in Ausdrücken wie „Wederliches Treiben Dr. Sonnenscheins“, „ungeheuerliche Darlegungen“, „vollendeter sozialer Modernismus“, „modernistische Zerkleuren“ die eigentliche Absicht des Verfassers zur Geltung: Die Hege gegen die Person des Organisations der sozialistischen Bewegung. Wie verziehen darf, uns mit diesen Anschuldigungen auseinanderzusetzen. Wir überlassen den Lesern, denen wir die Berliner Interpretationskünste vorgeführt haben, das Urteil über den Angriff von „Sitz Berlin“. Ungeachtet dessen sehen wir in dem Artikel des „Arbeiter“ ein Dokument dafür, daß es „Sitz Berlin“ nicht um eine sachliche Auseinandersetzung mit seinen Gegnern zu tun ist, sondern daß die von ihm veranstaltete maß- und sinnlose Liebertreibung von Neuerungen und literarischen Erzeugnissen, die nur bei oberflächlicher Beurteilung oder absichtlichem Nicht-Verstehen-Wollen mißdeutet werden können und sicherlich in keinem ruhigen Leser Verwirrung hervorzurufen haben, keineswegs der Bekämpfung angeblicher Zerkleuren, sondern persönlicher niedriger Hege und Demagogik dienen soll. Hoffentlich findet sich im Lager der „Berliner Richtung“ bald eine „Partei der Unständigen“, die sich eine derartige Taktik nicht mehr gefallen läßt!“

Aus der Arbeiterbewegung.

Der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter

hielt in den Tagen vom 9. bis 12. Juli in Köln seine 13. Generalversammlung ab. Eingeleitet wurde die Tagung durch eine vom Kölner Ortsrat der christlichen Gewerkschaften im städtischen Volksgarten veranstalteten Begrüßungsfeier. Die Verhandlungen nahmen dann am Montag, den 10. unter dem Vorsitz des Zentralvorsitzenden Köster in Saale des Volksgartens ihren Anfang. Nach dem von Vogel sang erstatteten Verwaltungsbericht hat sich die auf der Saarbrücker Generalversammlung beschlossene Trennung von Agitation und Rechtsschutz durchaus bewährt. Desgleichen die Auszahlung sämtlicher jahresmäßigen Unterzählungen durch die Hauptkasse. Durch die dadurch ermöglichte Kontrolle und Ablehnung aller nicht-jahresmäßiger Unterzählungen konnte die Hauptkasse dem Gewerbevereinsvermögen 60—70 000 Mark retten. Die Mit-

Das Eisen.

Dem modernen Menschen ist es manchmal gänzlich bewußt, was er alles dem Eisen verdankt. Das Messer, ohne welches der kultivierte Mensch nicht mehr auskommen könnte, die Nähmaschine, in welcher der Gelehrte das Niedergeräusch in Druckschrift überträgt, die Druckmaschine, welche die Seiten unserer Zeitung vervielfältigt, die Schreibmaschine, dieses moderne Hilfsmittel der menschlichen Kultur: ohne Eisen würden sie nicht hergestellt werden können. Mit Hilfe eiserner Nadeln wird unsere Kleidung angefertigt, ohne eiserner Stifte würde unser Schuhzeug wenig Halt haben. Die Hausfrau braucht zu ihren häuslichen Handarbeiten eiserner Nähn-, Strick- und Häkelnadeln, eiserner Scheren und eiserner Nageleisen. Unser Küchenherd ist heute nicht mehr anders denkbar als von Eisen. Fast sämtliches Küchengerät ist von Eisen; Nägel, Hammer, Zange, Beil und fast alle anderen Handwerkzeuge des Haushalts sind von Eisen, alle Geräte und Hilfsmittel der Handwerker und Gewerbetreibenden bestehen zum größten Teil aus Eisen.

Der Fußgänger und Bergsteiger hat seinen eisernen Stab, der Radfahrer sein eisernes Fahrrad, auf eisernen Rädern fährt und die eisernen Lokomotive, die wiederum auf eisernen Schienen fährt, mit früher nicht gemachter Geschwindigkeit von Ort zu Ort. Die Eisenbahnen, die heute das Weltmeer durchkreuzen, sind, mögen sie dem Handel oder dem Kriegsdienst behilflich sein, größtenteils aus Eisen und werden wiederum von eisernen Maschinen getrieben, welche wahre Wunderwerke des menschlichen Geistes sind.

Der Bauernmann kann nicht ohne eisernen Pflug, ohne eiserne Sichel und Sense, ohne eisernen Egge auskommen; die landwirtschaftlichen Betriebe sind mit ihren modernen Maschinen Hauptabnehmer unserer Eisenindustrie. Ungeheure Mengen von Eisen werden in Form von Trägern, Säulen, Flach- und Winkelisen zur Aufrechterhaltung unserer modernen Bauten benötigt. In kühnen Spannungen verbinden eisernen Brücken die Flußufer, unter diesen Bahnhöfen aus Eisen spielt sich der größte Teil unserer modernen Weltverkehr ab. Die Länge der Eisenbahnen beträgt in Deutschland etwa 55 000 Kilometer, in Großbritannien etwa 36 000 Kilometer, in Frankreich 44 000 Kilometer, in Rußland 42 000 Kilometer, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika etwa 329 000 Kilometer. Die Gesamtlänge des Eisenbahnnetzes unseres Erdballs beträgt nach zuverlässigen Zusammenstellungen etwa 750 000 Kilometer. Denken wir uns hinzu das auf diesen Schienen rollende, zum

größten Teile aus Eisen bestehende Material, so können wir uns annähernd einen Begriff davon machen, welche ungeheure Mengen Eisen allein für die Eisenbahn verbraucht werden. Wir greifen nicht zu hoch, wenn wir die Eisenerzeugung auf der ganzen Erde auf 42 000 Millionen Kilogramm annehmen; davon erzeugt Deutschland pro Jahr etwa 8000 Mill. Kilogramm, also nahezu ein fünftel der Gesamt-Eisenerzeugung der Erde. England ungefähr die gleiche Menge, die Vereinigten Staaten von Nordamerika mehr als das Doppelte jedes dieser Länder, nämlich über 18 000 Millionen Kilogramm. Die Erzeugung von Eisen ist in den letzten 40 Jahren um mehr als 30 000 Millionen Kilogramm gestiegen. Um uns einen Begriff von einer solchen einzigen Jahresproduktion zu machen, wollen wir uns vorstellen, daß dieselbe in eine majestätische Säule von 30 Meter Durchmesser gebracht würde; es würde dabei eine Höhe von etwa 7500 Meter herauskommen. Der Kölner Dom und der Eiffelturm in Paris, unsere höchsten Bauwerke, würden sich wie Kinder-spielzeuge dagegen ausnehmen.

Wenn man dem Laien die Frage vorlegt, was Eisen für ein Stoff sei, so wird er selbstredend die Antwort geben, es sei ein Metall. Im wissenschaftlichen, chemischen Sinne ist diese Antwort jedoch nicht richtig; denn Eisen, wie es für sämtliche technische Zwecke verbraucht wird, ist nie rein, da reines Eisenmetall herzustellen, also ganz frei von sonstigen Beimischungen, viel zu teuer und auch für fast alle Verwendungszwecke untauglich wäre. Das Eisen, wie es hergestellt wird, und zur Verwendung kommt, ist vielmehr eine Legierung. Zwar betrachtet man gewöhnlich als Legierung nur solche Körper, welche aus Metallen allein bestehen, beispielsweise die Bronze aus Kupfer und Zinn, das Messing aus Kupfer und Zinn. Man hat aber jetzt den Begriff des Wortes Legierung weiter gefaßt und nennt Legierungen auch Gemische von Metallen mit Nichtmetallen; zu dieser letzteren Klasse gehört auch das Eisen. In demselben findet der unterjochende Chemiker fast immer Silicium, den Grundstoff unseres Kieselsäures und Quarzes, ferner Phosphor und Schwefel, wenn auch nur in ganz geringen Mengen, außerdem mehr oder weniger Mangan; immer jedoch und ausnahmslos in allen Eisenarten Kohlenstoff. Ja, der Kohlenstoff ist ein so wichtiger Bestandteil des Eisens, daß von jeder die Quantität des Eisens nach der Menge des in ihm enthaltenen Kohlenstoffs bemessen wird.

Wenn man von dem genauen Gehalt des Eisens oder Kohlenstoffes, wie ihn die chemische Analyse bis auf Hundertstel von Prozenten genau feststellen kann, absieht, so kann man

schon an gewissen äußeren Merkmalen die Verschiedenheit der einzelnen Eisenarten feststellen. Manches Eisen ist so weich, daß es sich prägen, und zu feinstem Draht ausziehen läßt; wieder anderes ist so hart, daß es zu Feilen, Bohren etc. verwendet werden kann, um andere sehr harte Stoffe zu bearbeiten. Die eine Sorte Eisen läßt sich schmieden und Walzen, die andere würde bei der Bearbeitung durch den Hammer ohne weiteres entzwei springen. Ein Teil der Eisenarten hat eine außerordentlich hohe Schmelztemperatur, oft über 1500 Grad, andere Sorten schmelzen bei weit niedrigerer Hitze, oft schon bei 1050 bis 1100 Grad. Auch am frischen Bruch kann man die einzelnen Eisenarten mit dem bloßen Auge unterscheiden. Es gibt Eisen, dessen Bruch faserig, anderes wieder, dessen Bruch „einkörig“ und kristallinisch ist. Schließlich gibt es Eisenarten, die an Bruchstellen grau bis grauschwarz ausfallen, und wieder andere, dessen Bruch weiß ist, wobei der Bruch aus großblättrigen Kristallen zusammengesetzt ist.

Der Grund dieser verschiedenen Eigenschaften ist in der chemischen Zusammensetzung der einzelnen Eisenarten zu suchen. Das schmiedbare Eisen enthält sehr geringe Mengen Kohlenstoff, während Roheisen, wie es unsere Hochöfen liefern, einen sehr hohen Gehalt an Kohlenstoff, meist bis zu 7 Prozent, besitzt. Im allgemeinen kann man ferner die Regel aufstellen, daß Eisen von geringem Kohlenstoffgehalt sehr hohe Schmelztemperaturen hat, während Eisen von höherem Kohlenstoffgehalt bei den verhältnismäßig niederen Hitzeegraden von 1050 bis 1100 Grad Celsius schmilt.

Solange das Eisen in geschmolzenem Zustande sich im Hochofen befindet, ist aller Kohlenstoff, den es aufgenommen hat, gleichmäßig gelöst. Diese Lösung ist vergleichbar etwa mit der des Zuckers in Wasser. Läßt man das Eisen nach dem Ausfließen aus dem Hochofen ganz plötzlich erstarren, so bleibt der Kohlenstoff in diesem gelöstem Zustande im Eisen enthalten. Weht die Abkühlung des Eisens nur langsam und allmählich vor sich, so trennt sich bei ca. 1100 Grad ein Teil des Kohlenstoffs von dem Eisen ab und kristallisiert zwischen den einzelnen Eisenteilchen. Dieser auskristallisierte Kohlenstoff ist in Form von schwarzen Graphit-Lättchen am Bruch des sogenannten grauen Roheisens zu erkennen. Bei weiterer Abkühlung des Eisens scheidet sich eine Verbindung von Eisen- und Kohlenstoff, Eisencarbid genannt, aus der Grundmasse aus.

Auf Grund dieser verschiedenen Eigenschaften hat man die Eisenarten in bestimmte Qualitäten eingeteilt, auf welche wir das nächste Mal zu sprechen kommen. Dr. L.

glteberzahl des Gewerkschaftsbeitrag im Schlusse des Jahres 1908 74 814; am Schlusse des Jahres 1910 82 855; sodaß in den zwei Jahren eine Zunahme von 8041 Mitgliedern zu verzeichnen war. Nebenher empfahl dann allen Bahnhöfen bringend die Einführung des Vertrauensmännerchens und erstellte praktische Vorschläge für die Gründung neuer Bahnhöfen und die Ausbildung von Vertrauensmännern. Nach dem Jahresbericht, erstattet von F a h n e n b r u c h, betragen die Einnahmen des Gewerkschafts im Jahre 1909 2 103 462,99 M., die Ausgaben 1 917,21 M. Im Jahre 1910 betragen die Einnahmen 2 437 155,91 M.; die Ausgaben 988 418,03 M. Der Vermögensbestand betrug am 31. Dezember 1910 1 905 146,94 M. Die Entwicklung der Finanzverhältnisse sei keine ungünstige; trotzdem müsse es noch besser vorwärts gehen. Die Zentralisation des Unterstützungswezens habe, wie auch schon im Verwaltungsbericht erwähnt, erhebliche Ersparnisse gebracht.

Den Bericht über das Verbandsorgan „Der Metallarbeiter“ erstattete der Redakteur M i l l e r. Ueber den Rechtschutz berichtete Steeger. Der Rechtschutz habe gerade für die Bergarbeiter in den letzten Jahren immer mehr an praktischer und agitatorischer Bedeutung gewonnen. Im Jahre 1909 wurden dafür seitens des Gewerkschafts 101 396,06 M. und im Jahre 1910 75 426,20 M. aufgewendet. Das weniger im Jahre 1910 erklärte sich durch die stärkere Trennung von Agitation und Rechtschutz. Die Rechtschutzbüros wurden in den beiden Berichtsjahren von insgesamt 60 339 Personen, das sind etwa 2/3 der Mitglieder, in Anspruch genommen. 81 072 mündliche Auskünfte wurden erteilt und 41 915 Schriftsätze angefertigt. Die durch diese Tätigkeit erzielten sofortigen Erfolge belaufen sich auf 418 247,18 M. Der wirkliche Erfolg ist aber noch höher, weil in den Büros nur die direkt nachgezählten Beträge angerechnet werden.

Als Glanzpunkt der Tagung aber darf wohl Heinrich F i n n e s Referat über „die grundsätzliche Stellung des Gewerkschafts“ bezeichnet werden. Es soll, wie verlangt, in Form eines Broschürens herausgegeben werden und wird dann sicher in weitesten Kreisen der christlichen Gewerkschaftler eine dankbare Aufnahme finden. Treffliche Worte richtete auch Behrens an die Adresse der evangelischen Arbeiter-schaft, sich durch keinerlei Verbündigungsmaßnahmen von der christlichen Gewerkschaftsbewegung abhalten zu lassen.

Die von der Generalversammlung vorgeschommenen wichtigsten Satzungsänderungen sind kurz folgende. Der Beratungsausschuß fällt weg; an seine Stelle tritt die Generalversammlung in Permanenz; d. h. die Delegierten behalten ihr Mandat bei bis zur jebeizmaligen Neuwahl nach zwei Jahren. Der Beitrag für jugendliche Mitglieder von 14 bis 16 Jahren beträgt wöchentlich 10 Pf. Sodann soll ein Lokalbeitrag von 10 Pf. monatlich erhoben werden; der Zeitpunkt der Einführung bleibt dem Hauptverband überlassen. Nach einem kernigen Schlusswort des Kollegen Stegerwald fand dann diese Generalversammlung ihr Ende. Möge die Kölner Tagung unserer ältesten Brudervereinigung reiche Früchte zeitigen, damit der Gewerkschaft bei seiner nächsten Generalversammlung das erste 100 000 christlich-national gesinnter Bergarbeiter unter seinem Banner zählen kann.

Der 3. Delegiertentag des deutschen Kranken- und Krankenpflegepersonals.

Der dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Verband der Krankenpfleger und Pflegerinnen hielt seinen in Berlin seinen 3. Delegiertentag ab. Die Kollegen S c h m i d t und Redakteur B e c k e r-Berlin überbrachten die Grüße des Gesamtverbandes und des Berliner Komitees und wiesen auf die vorliegenden wichtigen Anträge zu den Verhandlungen hin. Der Geschäftsbericht, erstattet von dem ersten Vorsitzenden, Kollegen S t r e i t e r, wies erfreuliche Daten auf. Die Mitgliederzahl beträgt jetzt 1420 in 40 Orten Deutschlands und des Auslandes. Der Jahresbericht schließt in Einnahmen und Ausgaben für die letzten zwei Jahre mit ca. 86 000 Mark ab. Die Ausgaben erstrecken sich auf Unterstützung, Bildungszwecke, Fachzeitschrift, Stellenvermittlung, Verwaltung u. a. Der Kasseeinstand ist auf 2200 M. angewachsen. In 153 Fällen konnte Rechtsanwaltschaft und Rechtschutz gewährt werden. 1500 Stellen wurden durch den Nachweis des Verbandes an die Mitglieder vermittelt. Es können mehr Bewerber berücksichtigt werden, wenn ein großer Teil der Anstaltsdirektoren, Ärzte, Privatkliniken und auch der Öffentlichkeit nicht die gewerkschaftlichen Stellenvermittler unterstützte, sondern den unentgeltlichen Nachweis des Verbandes in Anspruch nähme (Jernsprecher: Amt III, 11327). Die Stellenvermittler fordern bis zu 10 und 15 M. von den Bewerbern.

Der Verband gibt zweimal monatlich eine gediegene Fachzeitschrift „Der Krankenpfleger“ heraus (jährlich 400 M.). Außerdem veranstaltet er sozialpolitische Erhebungen über die Lage des Berufes, Petitionen an Reichs- und Landtag, wissenschaftliche Vorträge usw. Die Gründung eines Krankenpfleger-Erholungsheims wird erstrebt. Dem Aufruf hierzu unterzeichneten Frau Reichskanzler Dr. von Bethmann-Hollweg, Geh. Rat Dietrich vom Ministerium des Innern, Prof. Dr. Wbrecht, Adolf Damaschke, H. D. Philips, H. Vic. Schneeweider u. a. — Am 1. April 1909 besteht eine obligatorisch eingeführte Krankenkassen-Zusatzkasse, die schon über 1000 M. an Mitgliedern gezahlt hat. Die Einschreibgebühr für den Verband beträgt 1 M., Nebenbeitrag der monatliche Beitrag. Der Verband, der die größte Organisation des weltlichen Pflegepersonals darstellt, beschloß, einen Zentral-Stellennachweis für ganz Deutschland ab 1. Oktober 1911 zu gründen. Der Hauptvorstand und die Ortsgruppen zeichnen sofort die dazu erforderliche Summe.

Im weiteren Verlauf der Tagung erstattete Herr Dr. med. A. Rabe dann noch ein beachtenswertes Referat über „die soziale Organisation der Krankenpflegerinnen vom Standpunkte der Volkswirtschaft“. Hervorgehoben sei noch, daß der Verband ausgedehnte parlamentarische Aktionen unternahm. Der deutsche Reichstag, der preussische, bayerische und württembergische Landtag behandelten Petitionen des Verbandes. Insgesamt erzielte er in den letzten Jahren an Gehalts-erhöhungen für das Pflegepersonal rund 70 000 M. Auch literarisch war der Verband durch seinen Vorsitzenden außerordentlich tätig. Zum ersten Male erschien (im Verlage von Gustav Fischer-Jena) eine Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage des Krankenpflegepersonals. Ferner gab er Darstellungen der Lage in führenden staatswissenschaftlichen, medizinischen, volkswirtschaftlichen u. Fachblättern. Belegt wurde, daß vereinzelt staatliche Anstalten den nicht sozialdemokratischen Verband in seinen Aktionen hindern. Ist es doch vorzunehmen, daß eine staatliche Anstalt (Kloster) sogar in einem sozialdemokratischen Blatte wegen Pflegepersonal annoncierte, während Mitglieder der christlich nationalen Organisation der Krankenpfleger in der Anstalt nicht geduldet werden. Der bisherige Vorstand und die Kontrollkommission wurden wieder-

gewählt. Wir wünschen unserm ehrlichen Bruderverband auch für die Zukunft weitere Stärkung und seiner Arbeit reichliche Erfolge.

Bestrafte Verleumder.

Wegen ehrenrühriger Behauptungen, u. a. wegen des schweren Vorwurfs der Bestimmungslumperei, die der Bezirksleiter Louis Hetterich vom sozialdemokratischen Bergarbeiterband (Bezirk Saarrevier) gegen die christlichen Gewerkschaftsführer in einem Flugblatt gerichtet hatte, verhängte das Amtsgericht Neunkirchen über Hetterich eine Strafe von 400 M. bzw. 40 Tagen Gefängnis, Tragung der Kosten. Außerdem wurde den Klägern die Publikationsbefugnis in drei Tageszeitungen zugesprochen. Die durch nicht beweisbaren Behauptungen brachten an Gerichtsstelle völlig zusammen. Der „Korrespondent“, das Organ des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, ist in der Verunglimpfung christlich organisierter Arbeiter auf der allerhöchsten Stufe angelangt. Der Redakteur Helmholz dieses Blattes wurde kürzlich vom Schöffengericht Gießen wegen Verleumdung eines christlich organisierten Bergarbeiters zu 20 M. Geldstrafe oder zwei Tagen Haft und Veröffentlichung des Urteils im „Korrespondent“ verurteilt.

So muß den ruppigen, schimpfwütigen Genossen hier und da klar gemacht werden, daß die Ehre der christlichen Arbeiter doch nicht vogelfrei ist.

Mundschau.

Die katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen- und Jugendvereine in Süddeutschland. Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine umfaßt nach seinem Jahresbericht für 1910 insgesamt rund 102 000 Mitglieder; davon entfallen auf Bayern mit acht Diözesen rund 65 000, auf Württemberg (eine Diözese) 16 000 und auf Baden (eine Diözese) rund 23 000 Mitglieder. Die Steigerung des Mitgliederzuzuwachses sei mäßig (2600) gewesen, dafür aber habe die innere Festigung namentlich nach der organisatorischen Seite hin, wesentliche Fortschritte gemacht. Die Bildung von Bezirksverbänden, welche je nach der geographischen Lage drei bis zwölf Vereine umfassen, ist mit 91 Verbänden nun durch den ganzen Verband erfolgt. Man verspricht sich davon eine besondere Verfruchtung der agitatorischen Praxis. Der Verbandshauptrat des Arbeiterverbandes angegliedert ist jene über den Verband süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine. Im Jahre 1906 gegründet, umfaßt dieser Verband, ohne daß in den ersten Jahren eine nennenswerte Agitation entfaltet werden konnte, am Schlusse des Jahres 1910 103 Vereine mit 12 103 vorbildlichen Mitgliedern. Er hat im letzten Jahre einen Zuwachs von 20 Prozent aufzuweisen. Auch die Statistik des Verbandes der weiblichen Jugendvereine für die im Gewerkschaften stehenden Mädchen ist im Anschluß an die Statistik der Arbeiterinnenvereine gegeben. Diese, die sich aus den früheren „Kolonnen“ entwickelten, haben seit ihrer organisatorischen Reform auf dem Württemberg Verbandstag ganz bedeutende Fortschritte gemacht: Sie zählen in Süddeutschland und überwiegend in Bayern in 74 Vereinen über 5000 Mitglieder. Es ist schade, daß über die männlichen Jugendvereine eine Statistik noch fehlt. Die Zeitschrift dieser Jugendvereine, „Der treue Kamerad“, ist fast in allen Vereinen eingeführt und hat ihre Abonnentenzahl in den letzten drei Jahren verdoppelt (15 000). Die Jugendvereine, wie auch die Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, gehen mit den christlichen Gewerkschaften Hand in Hand und bringen darauf, daß möglichst früh der Anschluß der Jugendlichen an die Gewerkschaften erfolgt.

Die christlichen Gewerkschaften in Oesterreich hielten am 29. Juni ihren zweiten Kongress in Wien ab. Der Verlauf war ein sehr guter. Beschlossen wurde außer organisatorischen Anträgen vor allem, daß die christlichen Jugendorganisationen gefördert und vermehrt werden, daß die christliche Presse mehr die christliche Gewerkschaftsbewegung würdige, und namentlich auch die Regierung aufgefordert, für die rasche Durchführung der Sozialversicherung Sorge zu tragen. Die Nachricht, daß die betr. Vorlage im neuen Reichsrat erst nach neuerlichen Studien auf einer ganz neuen Grundlage eingebracht werden solle, sei eine Herausforderung der Arbeiter-schaft und müsse als ein Akt der Feindseligkeit gegen diese betrachtet werden; die Delegierten des Kongresses kündigten den schärfsten Widerstand dagegen an.

Die christlichen Gewerkschaften Oesterreichs leiten ihren Anfang in das Jahr 1894 zurück, wo als erste christliche Fachorganisation der christliche Fortbildung- und Unterstützungsverein der Tischlergehilfen Wiens ins Leben trat. Im Jahre 1895 wurde der Verkehrsband der christlichen Eisenbahner gegründet als erster Zentralverband. Die meisten Zentralverbände entstanden in den Jahren 1903—1908. Der erste Kongress der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs fand im Jahre 1909 statt. Auf demselben wurde die Zentralkommission gegründet. Am 1. Januar 1911 waren der Zentralkommission angeschlossene: 20 Zentralverbände und 10 Lokalorganisationen mit 45 553 Mitgliedern, wozu 8433 Mitglieder der außerhalb der Zentralkommission stehenden Lokalorganisationen, 6136 Frauenvereine und 26 230 tschechische Mitglieder zu rechnen sind. Also zählte man am 1. Januar 1911 in Oesterreich 82 324 organisierte christliche Gewerkschaftsmitglieder. Die der Zentralkommission angeschlossenen Organisationen hatten im Jahre 1910 536 745 Kronen Einnahmen, 488 770 Kronen Ausgaben und ein Gesamtvermögen von 261 408 Kronen.

Der Inhalt der verschiedenen Lohnbünde war Gegenstand einer Klage vor dem Berggewerbegericht in Duisburg. Ein Arbeiter der Gewerkschaft Deutscher Kaiser aus Walsum hatte bei der Lohnzahlung nach seiner Angabe anstatt der angegebenen 52,90 Mark nur 2,90 Mark in der Düte gefunden. Der Mann hatte die Düte nicht sofort, sondern erst achterns in einem Gasthaus, dort allerdings in Gegenwart von Zeugen geöffnet und bei dieser Gelegenheit das Fehlen von 50 Mark bemerkt. Die Lohnbünden der Gewerkschaft Deutscher Kaiser tragen den Vermerk: „Der Inhalt ist dreimal nachgezählt und werden Reklamationen gegen die Richtigkeit nicht angenommen“. Da das Werk unter Hinweis auf diesen Vermerk die Nachzahlung ablehnte, beschritt der Arbeiter den Klageweg. Das Berggewerbegericht hat ihm recht gegeben und die Firma verurteilt, den fehlenden Betrag nachzuzahlen. Durch die Vernehmung der Zeugen war festgestellt worden, daß der Arbeiter die Düte in ihrem Reifein geöffnet hatte. Der klagende Arbeiter beschwor, daß sich in der Lohnbünde nur 2,90 Mark befunden hätten.

Dr. Alexander Tille wendet sich gegen den Absolutismus: das ist kein schlechter Witz, sondern Tat-

sache. Allerdings wendet sich Tille nicht gegen den Absolutismus, unter dem in den Rheinländern der saarabische Industriellen die Arbeiter feuern, sondern gegen den Kantabund. In einem gegen diesen gerichteten Mundschreiben ist sich Dr. Tille also vernehmen:

„Es kann heute richtig ausgesprochen werden: Die Verfassung des Kantabundes ist ein öffentlicher Skandal, und ein doppelter Skandal, weil dieser absolutistische Machtwort von einem „Theologen“ herrührt, der immer die „Mitschuld“ im Munde führt und noch im Schlusswort auf dem ersten Kantatage für seine Kreise „eine entscheidende Einwirkung auf die Leitung und Verwaltung des Staates“ verlangt hat. Während er öffentlich demagogische Reden führt, schuf er heimlich in der Verfassung des Kantabundes ein absolutistisches Machtwort, bei dem der Menge der Mitglieder jeder Funke von entscheidender Einwirkung auf die Leitung und Verwaltung des Kantabundes entzogen war.“

Wer aber nun glaubt, Tille und Genossen, die sich hier gegen den unerträglichsten Absolutismus im Kantabund auflehnen, würden nun als gekannte Führer auch den den Arbeitern gegenüber geliebten Absolutismus bekämpfen, ist schwer auf dem Holzwege. Gleichberechtigung gilt bei diesen Leuten nur für Herrenmenschen; die Menschenrechte der Arbeiter gehören ihrer Ansicht nach in die Kumpfkammer; Arbeiter haben nur zu gehorchen. Es liegt also nach wie vor bei den Hüttenarbeitern allein, mit den saarabischen Zuständen aufzuräumen.

Aus der Metallindustrie. Vor der Auflösung der Preisvereinigung für Drahtwaren kosteten Drahtstifte M. 16,25 bis 16,75, die 100 Nils, gezogener Draht M. 14,50 bis 15.—. Wie die Adm. Volkstg. hört, sind nun Drahtstifte seit einiger Zeit schon zu 14,50 M. verkauft worden, und jüngst sollen sogar Käufe zu 14,25 M. getätigt worden sein. Dieser Preis bedeutet gegen den früheren höchsten einen Rückgang um 26 M. die Tonne. Die Drahtindustrie ist also zum Teil wieder auf den Stand von 1908 angelangt, damals waren bekanntlich die Stifte auch billiger wie der gezogene Draht. — Die Fusion zwischen den Wüstenischen Eisenwerken und der Bergbau-Gesellschaft Messen, ist von der Aktionärversammlung der erstere abgelehnt worden. Damit ist nicht gesagt, daß nun die Fusion überhaupt nicht zustande kommt. Die Ablehnung erfolgt nicht aus grundsätzlichen Erwägungen, Messen war den Wüstenischen Aktionären nur zu teuer. — Die bayerische Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte verteilte bei einem Reingewinn von 3 083 361 M. (i. B. 2 406 002 M.) eine Dividende von 23,33 Prozent (21 Proz.). — Die A.-G. für optische Industrie in Nauen erzielte einen Reingewinn von 731 207 M. (462 957 Mark). Daraus sollen 15 Proz. (13 1/2 Proz.) Dividende verteilt werden. Einem neu zu bildenden Verfügungsbestand sollen 100 000 M. überwiesen werden. — Die Eisenhütte Metallwerke erzielte einen Betriebsüberschuß von 6 280 963 Mark (i. B. 4 555 962 M.), wozu ein Vortrag von 72 258 M. tritt. Die Handlungsunkosten beanspruchten 5 924 353 M. Die Abschreibungen sind auf 148 943 M. bemessen; der Reingewinn beträgt 280 926 M. Die Dividende ist von 8 auf 9 Prozent erhöht worden; der Rücklage fließen 10 000 M. zu; die Gewinnanteile usw. beanspruchten 33 274 M., auf neue Rechnung vorgetragen werden 75 652 M. Die Hauptversammlung hat die Erhöhung des Aktienkapitals um 0,9 Mill. M. auf 2,7 Millionen M. beschlossen, und zwar zur Errichtung eines Bandwalzwerkes. — Die Rheinische Gasmaschinfabrik Benz & Co. A.-G. in Mannheim; erzielte 1910/11 einen Reingewinn von rund 3 1/2 Mill. M. (i. B. 2 143 854 M.). Die Abschreibungen betragen rund 1 400 000 M., sodaß ein Reingewinn von 2 100 000 M. (i. B. 833 654 M.) verbleibt. Die Dividende wird mit 8 1/2 Prozent (8 Proz.) vorgeschlagen, dabei ist zu berücksichtigen, daß im Vorjahr die neuen Aktien von 3 650 000 M. nur für ein halbes Jahr an der Dividende teilnahmen.

Die übermäßige Belastung der deutschen Industrie ist bekanntlich ein stehendes Kapitel in der dem Unternehmertum ergebenden Presse. Was von diesen Klagen zu halten ist, ersieht man aus einer Auslassung im Jahresbericht des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Eisen- und Stahlindustrie von Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Es heißt dort:

„Von den die Industrie berührenden Vorfällen, welche den Reichstag in dem Berichtsjahre beschäftigt haben, sind zunächst das Reichsfinanzgesetz, das Arbeitskammergesetz und die Reichsversicherungsvorordnung zu nennen. Da sie bereits im Vorjahre zur Besprechung standen, hat der Verein schon in seinem letzten Jahresbericht dazu Stellung genommen. Die Regelung, welche die Finanzen des Reichs durch das Reichsfinanzgesetz erfahren haben, hat keineswegs der Auffassung und dem Geschmack der Lothringers Montanindustrie entsprochen, und haben wir unserer Befürchtung, daß verhängnisvoll und höchst belastend für die Industrie erweisen würden, wiesen Ausdruck verliehen. Diese Befürchtung hat sich indes als übertrieben gezeigt. Eine Befreiung des Verkehrs ist nicht eingetreten und die Belastung der Industrie durch die neuen Steuern hält sich in solchen Grenzen, daß sie von ihr, wie die Verpfändung, zu den Bedürfnissen des Reichs nach ihrem Vermögen beizutragen, durchaus anerkannt, namentlich gegenüber den von ihr zu tragenden sozialen Lasten nicht als lästig empfunden werden.“

Dem genannten Verein gehören als Mitglieder u. a. an: Hüttenbesitzer Köchling-Viedenhofen, die Rombacher Hütte, die Hüttenwerke Kameß-Friede, Sombrie und Mosel u. a. Da die Handelskammer von Metz den gegenständlichen Standpunkt vertritt, meint die Adm. Zeitung, daß man künftige Kundgebungen der wirtschaftlichen Vereine der Lothringisch-luxemburgischen Montanindustrie „wohl mit einiger Zurückhaltung“ aufzunehmen habe. — Wir verstehen, daß die hinter der A. B. stehenden Großindustriellen und besonders auch deren Sekretäre von der ehrlichen Offenherzigkeit der Lothringers und Luxemburger nicht sonderlich erbaut sind.

Die rote „Internationale“ kracht wieder in allen Ecken. Die österreichischen Genossenschaftler kommandiert zurzeit Dr. Adler, die tschechischen Remec. Und doch hatten die großen Maulhelden von der sozialdemokratischen Partei stets behauptet, die Sozialdemokratie allein vermöge das nationale Problem in Oesterreich zu lösen. Zur selben Zeit kommt aus Belgien die Nachricht, daß die belgischen Sozialdemokraten sich mit der Monarchie ausgeöhnt haben. Das sozialdemokratische „Journal de Charleroi“ schreibt:

„Das Empfinden des Volkes in seinen sozialen und republikanischen Überzeugungen hat sich nicht geändert; aber etwas ist verschoben, nämlich die persönliche Feindseligkeit gegen das Königtum, weil der König seinerzeit offenbar dem Fortschreiten der Nation in der Richtung auf

einen Zustand der Demokratie und Gleichheit nicht fest-

festig gekannt ist. Das gibt uns Gelegenheit, festzu-

Ein schmählicher Verstoß. Als die Wagen um

„Zwei hat er (der englische Lord-Schatzkanzler, S. R.)

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser großzügige Ent-

„So entspannt sich das famose Projekt des Herrn

„So hat denn mal wieder ein Teil der roten Presse, dar-

Eine Krise im sozialdemokratischen Buch-

„Denn der „Vorwärts“, dessen Konkurrenzkampf mit den

„Denn der „Vorwärts“, dessen Konkurrenzkampf mit den

„Denn der „Vorwärts“, dessen Konkurrenzkampf mit den

„Denn der „Vorwärts“, dessen Konkurrenzkampf mit den

„Denn der „Vorwärts“, dessen Konkurrenzkampf mit den

resp. die Interessen der Besitzer wahrgenommen haben,

Das sind außerordentlich unangenehme Feststellungen für

„Daß solche Konflikte von der sozialdemokratischen

Das sind wirklich interessante Ereignisse aus sozialde-

Streik und Lohnbewegungen.

Zur Beendigung des Streiks bei Peipers & Co.

Der Streik der Walzenbreher bei der Firma Peipers

Differenzen in der Gießerei der Firma Krupp

Krupp'sche Kriegserzeugnisse und Krupp'sche Wohl-

Seit langem führen die Arbeiter der Gießerei Klage

Direktion vorstellig zu werden. Die unverheirateten For-

Da nun zwischen der Firma Krupp, dem Annener

Durch diese Vorgänge fühlten sich die Arbeiter ver-

Die Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit in

Zu über 60 Betrieben Düsseldorf wurden den Arbeitgebern

1. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden oder per

2. Ueberstunden sind tunlichst zu vermeiden. Falls solche

3. Eine Verminderung des Verdienstes darf durch die

4. Die Lohnzahlung erfolgt wöchentlich am Freitag. Wa die

Diese Forderungen ist folgende Begründung beigegeben:

Diese Umstände bringen es mit sich, daß sich die Akkordpreise

Wir sehen als bekannt voraus, daß tatsächlich in den

Das bei der Arbeitszeitverkürzung keine Verdienstkürzung

Nicht sich hier nur noch die Verlegung auf den Freitag, die gewiß mit leichter Mühe zu bewerkstelligen ist, wo das noch nicht geschah sein sollte. Die monatliche Lohnberechnung, wie sie noch ganz vereinzelt in Maschinenfabriken anzutreffen ist, hat sich überlebt und ist außerhalb Rheinland-Westfalens nirgends mehr üblich.

Wir hatten nun erwartet, daß auf eine höfliche Anfrage man auch der Arbeiterorganisation eine Antwort zu kommen lassen würde. Diese Pflicht haben jedoch nicht acht Firmen erfüllt, die teilweise den Forderungen ihre Zustimmung gaben. Nachdem die geordnete Frist abgelaufen, mußte die organisierte Arbeiterschaft sich einzeln Antwort holen. Eine der ersten war die Firma Malmesh u. Cie., eine Reihe „Arbeitsregulierungen“ zum Schaden der Arbeiter sind im Verlauf des Jahres vorgenommen worden. Den Empfang der Organisationsvertreter schute man ab. Der gewählte Arbeiterkommission gelang es gleichfalls nicht, die Forderungen zur Anerkennung zu bringen. Die Kündigung wurde eingereicht. Die Firma Benz u. Zimmermann, Formmaschinen, beantwortete die Forderungen gleichfalls nicht, bewilligte jedoch sofort. Bei der Firma Schiele, Werkzeugmaschinenfabrik wurden von der Arbeiterschaft die Überstunden vertirgt. Die Firma Schmitt, Maschinenfabrik, kam ihrer Arbeiterschaft sofort entgegen und bewilligte alles. Die Firma Rheinland, Kugelfabrik, hat die Arbeitszeitverkürzung durchgeführt, will jedoch die anderen Forderungen nicht anerkennen. Die Firma Wölscheid u. Wendel, Aufzüge und Gießerei, will gleichfalls nicht bewilligen. Kündigung wurde eingereicht. Die Firma Schöffer u. Feibusch bewilligte sofort und freute sich, daß die Organisationsvertreter fernblieben. Die Firma Saal, Walzwerkseinrichtungen, will gleichfalls nicht bewilligen. Am 1. August wird die Kündigung wohl eingereicht werden müssen. In derselben Weise geht es bei der Firma Gebr. Poensgen, Wägereimaschinenfabrik, die keine Neigung zur Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit zeigt. Die Firma Habersang u. Zinsen hat alles abgelehnt.

Mittlerweile war die Kündigungszeit bei der Firma Malmesh zu Ende gegangen. Die Forderungen wurden anerkannt und die Kündigung zurückgenommen. Auch die Firma Wölscheid u. Wendel bewilligte. Kündigung wurde zurückgezogen. Die Firma Hasenleber-Söhne bewilligte sofort sämtliche Forderungen. Eine Reihe anderer Firmen werden in einem folgenden Bericht gewürdigt werden.

Rheydt. „Unsere Arbeiter brauchen keinen Verband. Gehen Sie weg von hier, ich bin keine Bettelverkäufer.“ Mit diesen Worten suchte der Direktor der Firma Marx Schorch u. Cie., elektrotechnische Fabrik, Rheydt, die Verteilung der Einladungen zu einer Betriebsversammlung zu hintertreiben. Die Arbeiter aber haben einen Verband dringend nötig, daß beweisen die durchgehends schlechten Löhne und die nicht viel bessere Behandlung. Zur Mittagszeit treibt man die Arbeiter auf die Straße, es ihnen selbst überlassend, sich in Regen und Schnee ein Plätzchen zu suchen, wo sie ihre Mahlzeit einnehmen können. Wer zur Nacht oder wer überarbeiten muß, mag zusehen, ob er mit heiler Haut über Baum und Hecke kommt; einen ordnungsmäßigen Ausganga gibt die Direktion nicht frei. Für Überstunden gibt keinen Zuschlag und für die gleiche Arbeit ungleichen, willkürlich festgelegten Lohn. Maggen gibts in Fülle, aber an die Befestigung der Mißstände denkt die Direktion nicht in entferntesten. Daß in dieser Situation die Arbeiterschaft sich der gewerkschaftlichen Organisation erinnert, ist nicht verwunderlich. Die Arbeiter reichen eine Eingabe an die Direktion ein. Resultat — alles abgelehnt! Da reichen die Arbeiter zur Abmilderung die Kündigung ein. Für die gerechte Sache der kämpfenden Kollegen spricht schon allein der Umstand, daß die Sympathie der Bürgerschaft einmütig auf Seiten der Arbeiter steht, die für die minimalisten Forderungen von Recht und Billigkeit einzutreten entschlossen sind. Zugang ist deshalb strengstens fernzuhalteten.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang ort.

Düsseldorf. Die Eisengießerei der Firma Schwarz ist für Formner gesperrt.

Schloß-Holte. Auf der „Holter Eisenhütte“ (Inh. Dr. H. Tenge) stehen die Arbeiter im Streik. Zugang von Beschlagschmieden, Schlossern, Formern und Hilfsarbeitern ist fernzuhalteten.

Danzig. Auf der Seeschiffswerk F. Schichan ist Streik ausgebrochen. Zugang von Handwerkern und Arbeitern aller Art nach Danzig und Elbing ist fernzuhalteten.

Sendenhorst i. W. In den Sendenhorster Emailkerwerken sind Differenzen ausgebrochen.

Menden-Böperde. Die Drahtweber der Firma „Neuwahlwert“ stehen im Streik. Die Grobzieher u. Metallbrücker stehen in Kündigung. Zugang ist streng fernzuhalteten.

Dortmund. Der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes, Morichostraße 1, ist für sämtliche Berufe gesperrt.

Siegen. Die Siegener Stahlhöhlenwerte G. m. b. H. in Weidenau sind infolge erheblicher Akkordreduzierungen für die Arbeiter aller Berufe gesperrt.

Siegen. Ueber die Siegener Aktiengesellschaft für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Bergbauerei ist die Sperre verhängt.

Willingen, (Kreuz Nees). Auf dem Puddel- und Walzwerk Prinz-Leopold-Hütte stehen die Arbeiter wegen Lohnforderungen und Mißständen im Streik. Zugang von Puddlern und Walzwerkarbeitern ist fernzuhalteten.

Schwelm. Die Arbeiter der Eisengießerei Gulasch haben zwecks Beseitigung von Mißständen und Anerkennung eines Tarifs die Kündigung eingereicht. Zugang von Formern und Metallarbeitern ist streng fernzuhalteten.

Leer. Ueber die Firma N. Schreiber ist die Sperre verhängt. Zugang ist fernzuhalteten.

Hugsburg. Die hiesigen Bauhofsler stehen zwecks tariflicher Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Streik. Zugang ist fernzuhalteten.

Gebelsberg. In Betriebe der Eisengießerei Fritz Körpel u. Cie. stehen die Arbeiter zwecks Durchführung einer Lohnhöhung und Beseitigung von Mißständen im Kündigung.

Rheydt. Ueber die Firma Marx Schorch ist die Sperre verhängt.

Dortmund-Annen. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Annen wurde wegen rigoroser Behandlung der Formner und willkürlicher Arbeiterentlassungen die Sperre verhängt.

Köln. Die hiesigen Installateure stehen in einer Lohnbewegung. Zugang fernhalten.

Hannover. Hier und in Linden stehen die Auf- und Wagenschmiede im Streik. Zugang fernhalten.

Samm (Westf.). Die Klempner bei der Firma Merxen u. Stock, Dreisteinfurt, haben zwecks Verteilung des Koalitionsrechts die Kündigung eingereicht. Zugang ist streng fernzuhalteten.

Danabrück. Die Dreher des Danabrücker Stahlwerks haben die Kündigung eingereicht.

Zugang ist fernzuhalteten.

Siegen. Der Streik bei der Firma Pelpers & Cie. ist beendet.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 30. Juli 1911 der einunddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 30. Juli bis 5. August 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Varmen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Sozialbeitrages von 20 Pfg. statt bisher 15 Pfg. und die Ortsverwaltung Braunschwelg die Genehmigung zur Erhebung eines solchen von wöchentlich 10 Pfg. Die Nichtbezahlung dieser Beiträge hat den Verlust statutarischer Rechte zur Folge.

Aus dem Verbandsgebiet.

Frankeuthal. „Wenn ich nicht Geschäftsführer werde, verkaufe ich mich dem Kapital. . . Ich werde dann Entschuldigungen machen, daß Zücher auf den Kanal geht und sich erschleht.“ So trumpfte vor noch nicht langer Zeit ein fränkischer Metallgewerke auf. Geschäftsführer ist er nicht geworden; dafür spielte er aber in den letzten Wochen keine geringe Rolle in einer „Bewegung“, die der rote Metallarbeiterverband hier selbst inszenierte und worüber in Nr. 26 der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ in wahrheitswidriger Weise berichtet wird.

Da wird nämlich von einem „Erfolg“ berichtet, der allein auf das Konto des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes zu buchen sei. In Wirklichkeit aber haben die Frankenthaler Industrieellen nur ihr Vorhaben, die Dauer der Arbeitszeit derjenigen im Mannheimer Industriegebiet gleich zu stellen, verwirklicht. Sie ließen sich bei der Verwirklichung dieses Vorhabens auch nicht im geringsten durch die großen Löhne des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes beirren. Daß der rote Verband selbst auf das Wie und Wann der Durchführung nicht den geringsten Einfluß ausübte, hätte man auch aus dem Bericht der „Metallarbeiterzeitung“ herauslesen müssen, wenn er vollständig gewesen wäre. Da nun der Berichtsteller das Blatt anerkennend nicht vollständig über den Sachverhalt informiert, wollen wir das Fehlende hier nachtragen.

Bei der Firma Albert u. Cie. sind annähernd 1200 Arbeiter beschäftigt; davon fielen nur 400, also ein Drittel, auf den sozialdemokratischen Koftkäuferskrieff herein und beteiligten sich an der Abstimmung. Von diesen aber stimmten noch 7 gegen eine Kündigung und 4 mit weißen Betteln. Die Arbeiterschaft bekundete also durch überwiegende Stimmhaltung, daß sie von der ganzen roten Komödie nichts wissen wollte. Dabei „erklärte“ ein Genossenschaftler noch vor der „Bewegung“, er werde sein Amt niederlegen, wenn die Abstimmung nicht nach seinem Wunsche ausfalle. Da nun der Betreffende bis heute sein Amt noch nicht niederlegte, ist anzunehmen, daß das jämmerliche Resultat der Abstimmung wohl dem „Wunsch“ des „Führers“ entsprach — oder zu deutsch, es sich bei der Frankenthaler „Bewegung“ um ein Manöver handelte, dem jeder Nachdruck und Ernst fehlte.

An dieser Sachlage ändern auch die Kraftworte der roten Führer in den Versammlungen nicht das geringste. Gewiß könnte es da in allen Variationen, man würde mal „Ernst“ machen, wenn die Unternehmer nicht nachgeben würden. Wie es aber in Wirklichkeit mit dem „Ernst“ auf Seiten der Genossen aussah, geht aus einem Zirkular hervor, mit dem sie das gefährliche Feuerchen wieder zu erlösen suchten. Es heißt darin:

„Kollegen! Nach vorstehendem kann sich wohl jeder Kollege klar sein über die Situation. Die sofortige Einführung der Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden pro Woche war uns trotz aller Mühe nicht möglich zu erreichen. Die Industriellen haben es darüber uner allen Umständen zum Streik kommen lassen.“

Trotz dieses jähligen Doppelpfeils erklährt sich der rote Berichtsteller aber in bezug auf die christlichen Arbeiter von der Haltung der „Schwarz-gelben“ zu fassen; diese hätten sich die „Türe zum Streikbruch“ aufhalten wollen. Söher kann sich die rote Verleumdungssucht kaum noch versteigen! Es ist gut, daß es allmählich in den eigenen Mitgliederkreisen der Genossen zu dümmern beginnt. Warum erzählt der Genossenschaftler in seinem Leitorgan denn nichts von der Haltung, welche diejenigen seiner Mitgenossen bei dieser „Bewegung“ einnahmen, die heute im H.-D. Lager gelandet sind? Diese haben sich doch an die roten Machenspäßen ebensovienig gestört wie wir. Na vielleicht hofft er sie später wieder in seine Reihe zu ziehen und will es als kluger Mann mit ihnen nicht ganz verderben. Der Fuchs hofft eben, die Trauben wachsen herunter — und dann sind sie nicht mehr so sauer.

Wir aber werden jedenfalls auch für die Folge im Interesse unserer Kollegen unsere Selbständigkeit zu wahren wissen und deshalb bei hinter unserem Rücken inszenierten absichtlichen „Bewegungen“ nicht hinter den Genossen herlaufen. Das unwürdiger, als es den roten Maulhelden doch immer ganz schwebelich zu Mute wird, wenn es mal ernst wer-

ben soll. Deseiben roten Helben, welche zu Anfang dieser sog. „Bewegung“ großsprecherisch „alles allein machen“ wollten, bettelten am Ende ihres Zerfalls die anderen Delegatationen an, doch durch Abstimmung ihre Ansicht zu den „Bestkatern“ der „Verhandlung“ kund zu tun. Es mag immerhin ärgerlich für die Genossen sein, daß wir sie die Komödie allein ausspielen lassen; aber als vernünftige Menschen hatten wir keine Lust, an ihrer Blamage teilzunehmen. Wenn die Arbeitgeber freiwillig eine Verbesserung durchzuführen, stimmen vernünftige Leute selbstredend doch nicht erst barüber ab, ob man diese selbe Verbesserung erkämpfen oder annehmen soll. Zu derartigen Unsinnigkeiten lassen wir uns auch durch das bloße Geschrei der Genossen nicht hinreißen — halten uns überhaupt für zu gut, uns von roten „Führern“ beeinflussen zu lassen, die nach eigenem Gesandnis unter Umständen bereit sind, sich um den Trost ihrer Nachläufer „dem Kapital zu verkaufen“. Solange der sozialdemokratische Metallarbeiterverband solche Elemente in seinen Reihen duldet, hat er sich jeden Rechts auf das Vertrauen der Arbeiterschaft, auch in Frankenthal, entäußert.

Zum Schluß noch eines: Der angezogene Bericht der „Metallarbeiterzeitung“ über diese „Bewegung“ ging auch durch die sozialdemokratischen Blätter Baden's und der Pfalz. Dort war zum Schluß noch angekündigt, man werde auf das Verhalten der „Schwarz-gelben“ Erbiten noch in einem weiteren Artikel zurückkommen. Wir warten jetzt schon bereits vier Wochen darauf — aber der angekündigte Artikel bleibt aus! Warum? Nun, die alte Geschichte; die Genossen haben verdammt, und weil sie naturgemäß Beweise für ihre erlogenen Behauptungen über den christlichen Metallarbeiterverband nicht beibringen können — bleiben sie le eben schuldig. Unsere Kollegen mögen sich das merken, um gegebenenfalls die kleineren Nachklärer der großen Verleumder gebührend abzufertigen; selbst auf die Gefahr hin, daß Zücher auf den Kanal geht. . .

Stuttgart. Eine Verdrehung der Tatsachen leistet sich ein Bericht der „Schwab. Tagwacht“ Nr. 153. Da wird über eine Bauhofslerversammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes berichtet. U. a. wird angegeben, daß bei der Firma Thälinger auch christlich organisierte Schlosser beschäftigt seien; dann heißt es wörtlich weiter: „Eist dieser Tage habe eins dieser ehrenwerten christlichen Elemente das Feilsehst von einer großen Feile weggeschlagen und sei so auf einen unserer Kollegen losgegangen. Auch habe jeder dieser ehrenwerten Leute ein großes feststehendes Messer in der Tasche, so daß man jederzeit sein Leben auf's Spiel setzen müsse.“ (Schauerlich, nicht wahr! Der Eins.)

Wir haben es hier wieder einmal mit einem eskatanten Fall sozialdemokratischer Verdrehung zu tun. Tatsache ist, daß einer der roten Freiheitshelden in echter Brüderlichkeit auf einen der christlichen Arbeiter mit einem Hammer losging; ihm uns Gesicht stieß, daß er blutete. Darauf griff das Mitglied des christlichen Metallarbeiterverbandes, um sich seines Lebens zu wehren, die Feile, worauf dann der Genosse die Flucht ergriff. Unwahr ist ferner, daß „jeder“ der Christlichen ein feststehendes Messer habe. Wahr ist, daß nur ein Arbeiter von seiner hauerischen Heimat aus ein solches besitzt und nach landesüblichen Brauch auch trägt. Das ist doch nicht so fürchterlich. Wir haben schon eine Menge Genossen getroffen, die ähnliche und noch größere Instrumente tragen. Man kann sich nach den feststehenden Tatsachen nur über die Verdrehungs- und Umdeutungskunst der sozialdemokratischen Verbändler wundern. Wie der Wolf im Schafskleid, so stellen sie sich als die unschuldigen, fruchtbarsten Lämmer hin. Daß die Christlichen alle Ursache haben, vor den roten Freiheitshelden auf der Hut zu sein, beweisen außer einer Reihe von tödlichen Angriffen, die zum Teil schon vor dem Strafrichter ihre Erlebigung fanden und mit der Beurteilung von Genossen endigten, noch die täglich zu hörenden Trostungen, sowohl in oben genannter Werkstätte, wie auch anderwärts. „Unter die Werkbank hinunterschlagen“, „Sammer ins Kreuz“, „Ambos auf die Fäße werfen“ usw. und Schimpfwörter aus dem roten „Anstandslexikon“ müssen die christlichen Arbeiter sich von den Genossen täglich bieten lassen.

Das Verhalten der Mitglieder des christlichen Metallarbeiterverbandes, die man fortwährend zu reizen versucht, war vollständig korrekt. Es unterscheidet sich wenigstens wesentlich von dem des sozialdemokratischen Bezirksleiters Vorhölzer, des Führers dieser Leute und der „großartigen“ Bewegung von Pforzheim, der unlänglich eines Zusammenstoßes mit einem Reisenden im Eisenbahnwagen Ende 1910 erklärte: „Wenn mir jemand Ohrfeigen andiekt, dann wreite ich nicht zu, bis ich welche habe, sondern haue gleich zu.“

Dan vergißten die christlichen Arbeiter auch nach wie vor auf die scheinbaren sozialdemokratischen Ertrungenschaften. Das beweist der von der Ortsverwaltung des christlichen Metallarbeiterverbandes herausgegebene Tarif. Wenn aber den christlichen Arbeitern für das Nichtarbeiten der 56. Stunde ein Ausgleich gewährt wird, so können sich diese mit dem früheren Arbeitslohn einverstanden erklären. Diesen Ausgleich entfählt aber der sozialdemokratische Tarif nicht. Im übrigen wissen wir, daß mit Leuten, die sich als Kampfmittel der Lüge bedienen und die Anwendung derselben noch in öffentlichen Flugblättern empfohlen, eine sachliche Auseinandersetzung unmöglich ist.

Zustustellen ist aber nochmals, daß die sozialdemokratische Verbandsleitung durch ihre „Taktik“, der Bekämpfung des christlichen Metallarbeiterverbandes um jeden Preis, ein Zusammengehen der gesamten Arbeiter bei der Schloßererbewegung verhindert und dadurch auch eine einheitliche Regelung der Verhältnisse im Schloßergewerbe unmöglich gemacht hat. Denn wenn man an die Schloßerinnung ein Schreiben richtet und darin schreibt:

„Um nicht wie bei der Flachnerbewegung die Zeit unnützlich zu vergeuben, erklären wir im voraus, daß wir unter keinen Umständen in Gegenwart der Christlichen verhandeln, und es ist besser, dieselben gar nicht erst zu den Verhandlungen einzuladen, da ja höchstens ein Tuzend (?) in Frage kommen.“ so dient dies nicht dazu, die christlichen Arbeiter zu veranlassen, mit den Genossen gemeinsame Sache zu machen. Wenn letztere über den Tarif klagen, so mögen sie sich bei ihrer Leitang bedanken, die durch ihr Verhalten die Wege zu Tarifüberretungen geebnet hat. Daß aber die Einigkeit der roten Metallgewerke keine allzu große war, zeigt die im Bericht, wenn auch nur gekürzt herbegehobene Freude der Verbändler über die Ablehnung der Gehaltshöhung für ihre Verbandsbeamten auf der Mannheimer Generalversammlung und die dazu gegebene Begründung.

Die christlichen Arbeiter werden sich auch in Zukunft an ihrer Leberzeugung nicht irren machen lassen, sondern ruhig weiter arbeiten zur Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes und der gesamten christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung.

Sarrebrücker. (Zechenmetallarbeiter.) „Der Stand, der nicht bereit ist, selbst diejenigen Opfer zu bringen, die zur Hebung und Besserung seiner Lage notwendig sind, verdient nicht, daß ihm geholfen wird.“ Diese Worte treffen vor allem auch für uns Metallarbeiter zu. Leider kann man nun sehr oft beobachten, wie Metallarbeiter in einem fort über die schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnisse schimpfen, aber nicht bereit sind, der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten, die doch als einziges Mittel in Betracht kommt, um Verbesserungen zu schaffen. Man stolpert über die Opfer, die für eine Gewerkschaft gebracht werden müssen. Das zeigt sich nun leider auch vielfach bei den Zechenmetallarbeitern an der Saar. Was das Schimpfen über die schlechten Verhältnisse (schlechte Löhne, ungenügende Arbeitszeit, schlechte Wohnverhältnisse) anbelangt, so leisten diese Kameraden darin freilich das Maximum. Nur darf kein Kollege an sie herantreten, um Beiträge für eine starke Organisation — das einzige Mittel zur Schaffung besserer Verhältnisse — zu verlangen; dann gibt's erstaunte Gesichter.

Ein Jahr ist nun verstrichen, seitdem der christliche Metallarbeiterverband an die Arbeit ging, um die auf den königlichen Saargruben beschäftigten Metallarbeiter zu organisieren. Wenn der agitatorische Erfolg auch bescheiden war und manch schöne praktische Arbeit geleistet werden konnte, so sind jetzt doch Anzeichen vorhanden, die darauf schließen lassen, als wenn einige Mitglieder große Lust verspürten, die geleistete Arbeit wieder in Trümmern zu schlagen. Wie die Kollegen im übrigen Deutschland, so haben auch die Kollegen in Saarbrücken in diesem Jahre beschloffen, ab 1. Juli einen wöchentlichen Sozialzuschlag zu zahlen. Jeder einjährige Gewerkschaftler weiß, daß die Opferwilligkeit heute die unumgänglich notwendige Tugend ist, wenn eine gewerkschaftliche Organisation ernsthaft ihren Aufgaben gerecht werden will. Von dieser Einsicht geleitet sind deshalb die Kollegenschaften vieler Ortsgruppen schon dazu übergegangen, Sozialbeiträge von wöchentlich 10, 15, ja 20 Pfg. zu erheben. Selbst wo unsere größte Konkurrenzorganisation, der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, den 70 Pfg.-Wochenbeitrag durchgefordert hat, sollte für unsere Kollegen auf der ganzen Linie der wöchentliche Sozialbeitrag von 10 Pfg. das Minimum sein.

Trotzdem nun aber der Beschluß der Ortsverwaltung Saarbrücken noch hinter diesem Minimum rangiert — der Sozialbeitrag soll nur 5 Pfg. pro Woche betragen — können die Zechenmetallarbeiter einiger Sektoren mit der Behauptung heran, sie wären nicht imstande, diese 5 Pfg. wöchentlich aufzubringen, ohne daß ihre Familie darunter Not leiden müßte. Man hadert und streitet um diese fünf Pfennige, als würde davon die Welt aus den Fugen gehen. Ja, die größten Opponenten fühlen sich als die tüchtigsten Gewerkschaftler. Man glaubt sogar, um der 5 Pfg. willen zum Gewerksverein der Bergarbeiter überzutreten zu müssen und verlangt in der Aufregung ganz, daß der Zentralvorstand des Gewerksvereins die „Unfähigen“ selbstverständlich zurückerufen wird und muß, und der Gewerksverein überdies auf seiner letzten Generalversammlung ebenfalls die Einführung eines Sozialbeitrages beschloffen hat. Es ist also unnütze und organisationswidrige Arbeit, wenn, wie mir berichtet wird, örtliche Gewerksvereinsvorsitzende und Funktionäre unter Hinweis auf niedrigere Beiträge für einen Uebertritt der Zechenmetallarbeiter in den Gewerksverein tätig sind.

Kameraden! Nur ungeru habe ich wegen dieser Vorgänge die Spalten unseres Verbandsorgans in Anspruch genommen; zeugen sie doch nicht gerade von regem gewerkschaftlichen Geiste unter der Zechenmetallarbeiterschaft. Mit Mühe und Ausdauer haben wir unsere Organisation aufgebaut, durch weitgehendsten Entgegenkommen seitens der Leitung des christlichen Metallarbeiterverbandes konnten wir schon gleich nach unserm Beitritt eine gut vorbereitete parlamentarische Mission unternehmen; ein ganz respektables Maß an Aufsichtungsarbeit ist seitens des Verbandes unter unseren Vertrauensleuten geleistet worden und im Gegensatz zu früher werden auch jetzt in den Arbeiterausschüssen unsere Interessen vertreten. In unseren Sekretären haben wir sachkundige Berater und Vertreter in den Fragen des Arbeiterrechtes und -Schutzes gefunden. Dazu kommt noch, daß wir jetzt nach einem Jahre der Mitgliedschaft auch mehr und mehr in den Genuß der direkten finanziellen Unterstüttungen des Verbandes gelangen. Was hat der Verband überdies nicht noch alles zu leisten, bis wir auch einmal im Besitze geregelter Arbeits- und angenehmerer Wohnverhältnisse sind. Wo die streng organisierte Arbeiterschaft an anderen Orten Deutschlands Wohnverhältnisse erringt, müssen wir uns mit Fierschichten, Mißgang der Löhne zc. abfinden. Ja, es geht sogar das Gerücht von einer Einschränkung der Zahl der Grubenhändler und Uebertragung der Arbeiten an die Privatindustrie und in dieser Situation findet es ein Teil unserer Arbeiterschaft für gut, der Bergbehörde und der Öffentlichkeit dieses schamlose Schauspiel gewerkschaftlichen Unverständes zu bieten!

Kameraden! Wir haben ein Interesse an einer starken, leistungsfähigen Organisation; wir wissen auch alle, daß wir mit unseren früheren lokalen Organisationspielereien zu nichts gekommen sind; wir wollen auch nicht, daß die übrigen Kollegen des Verbandes allein die Opfer bringen, damit wir die Früchte einheimen können. Nein, das wollen wir nicht! Auch in Punkt Opferwilligkeit soll in unserem Verbande Solidarität herrschen. Zudem erfordern die schwierigen Agitationsverhältnisse an der Saar und die noch fast vollständig fehlende gewerkschaftliche Schulung, die ganze Arbeitskraft des aus unserem Berufe angestellten Sekretärs. Die Tätigkeit dieses Beamten ist ganz in unserem Interesse gelegen. Wir können und wollen sie nicht entbehren, können darum auch ohne den Sozialzuschlag einfach nicht auskommen. Mögen darum diese Zeilen die paar heißhörnigen Kameraden, die gegen den minimalen Sozialzuschlag Sturm laufen zu müssen glauben, zur Einsicht bringen. Mögen sie bedenken, daß das Aufbauen ungemein schwer ist und sich darum vor dem Niederrücken hüten. Die Ehre unseres Standes, das Wohl unserer Familien steht auf dem Spiel — und der einjährigste Teil unserer Kameraden ist nicht gewillt, diese Güter den Säunen und der Oppositionslust Einzelner preiszugeben. Darum Ruhe, Ueberlegung — und es wird dann zum Besten unseres ganzen Berufes um so besser vorwärts gehen.

Ein Zechenmetallarbeiter.

Sulzbach-Rosenberg. Endlich scheint auch hier wieder der echt gewerkschaftliche Geist unter den Kollegen erwachen zu wollen. Das beweist die stattliche Anzahl von Neuaufnahmen, die wir in letzter Zeit zu verzeichnen hatten. Freilich, vieles haben die Kollegen hier verkannt — und das muß

nachgeholt werden. Der gute Wille dazu ist da und unsere letzte öffentliche Versammlung, zu der sich erfreulicherweise auch eine Anzahl Frauen eingeschrieben hatten, durchwachte ein Zug frischer, fest entschlossener Willens. Kollege Heilig sprach über „Gewerkschaft und Familie“. Gerade die Frauen seien es auch hier noch vielfach, welche der Ausbreitung des Verbandes Schwierigkeiten machten — natürlich von rühmlichen Ausnahmen abgesehen! Und doch kämen die Ervingenheiten der Gewerkschaften in der Hauptsache gerade der Familie, den Frauen und Kindern zugute. Lohn, Arbeitszeit, Behandlung, Unfallgefahren — alles das wirkt auch auf die Familie ein. Wie viele Frauen müßten nicht dem Broterwerb nachgehen, weil die Löhne der Familienhäupter nicht einmal für den bescheidenen Unterhalt der Familie reichten. Und kommen solche Frauen dann abends nach Hause, so haben sie immer noch keine Ruhe; dann muß gekocht, geputzt, genäht und gewaschen werden bis spät in die Nacht hinein. Was ist es aber, welches, trotz der vielen Haushaltungsarbeiten, die Familienmutter noch aus dem Hause reißt? Es ist der niedrige, zum Unterhalt der Familie nicht ausreichende Lohn des Mannes. Da kann nur die gewerkschaftliche Organisation Abhilfe schaffen — das sollten doch endlich alle Frauen einsehen und schon im eigenen Interesse an der Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes mitarbeiten.

Die Unfallgefahren sind hier ebenfalls recht große. So hatten wir z. B. im Mai 18 Kranke, davon erlitten nicht weniger wie 13 Fälle von Unfällen her. Hands-, Arms-, Fuß-, Rippenverletzungen, Kreuzverrenkungen zc. sind an der Tagesordnung. Der Verband ist es, der da auf Besserung dringt; der Verband ist es auch, der in solchen Fällen den Kollegen und ihren Familien hilft. Für beratige Unterstüttungen verausgabte der Verband in Sulzbach-Rosenberg 5538,10 Mk. allein im Jahre 1910. Und wer nimmt sich der Kollegen an bei eintretender Arbeitslosigkeit? Die Hütte zählt in der guten Zeit die minimalsten Löhne und in der schlechtesten Zeit werden die Kollegen dann noch entlassen. Dann ist es wiederum der Verband, der sie nicht im Stich läßt. Wie macht es die Hütte bei Einführung technischer Neuerungen? — Die unbeherrschten Arbeiter werden einfach entlassen. (Sehe elektrische Einrichtung.) Nur der Verband war es wieder, der den Kollegen geholfen.

Auch im Hinblick auf die Arbeitszeit bleibt noch viel, sehr viel zu tun übrig. In letzter Zeit noch haben Kollegen drei Wochen hintereinander auf Nachtschicht gearbeitet und drei Wochen hintereinander keine Sonntagsruhe gehabt. Wo bleibt da die Zeit, die der Arbeiter seiner Familie widmen soll?

Aber da ist der gelbe Verein, da gibt's zu Weihnachten 30, 40 oder in einzelnen Fällen sogar bis zu 50 Mark Prämie; dadurch lassen sich manche Kollegen — und auch manche Arbeiterfrauen — noch sand in die Augen streuen! Es könnte doch nachgerade ein Wunder einsehen, daß die Hütte sich ins Jümpchen lachen kann, wenn sie den Arbeitern dafür widerstandslos den Wochenlohn um 3-5 Mark kürzen kann; denn das sind nicht 30-50 Mk. jährlich, sondern genau das fünffache. Die Maghütte also macht mit ihren Prämien ein gutes Geschäft. Die Gelben aber lassen sich nicht dafür noch willig die Hände binden. Auf der Hütte kommen jährlich ca. 100 Unfälle vor — jeder zehnte Mann der Belegschaft erleidet also dort einen Unfall — aber die Gelben erhalten dafür ihre Prämie und müssen nicht! Ja, Gelbe lassen sich am Hofhofen von Vorgesetzten sogar kräftige Backbeisen verabfolgen; sie müssen nicht, dem Weihnachtserhalten sie ja ihre Prämie — und die könnte man sich durch ein freies Wort verschmerzen. Das zeigte sich so recht drastisch gelegentlich des letzten Hochseilunglücks, bei dem unser Kollege Kellner zu Tode kam und mehrere gelbe Mitglieder verletzt wurden. Sofort nach dem Unglück sollen sich nun einige Belegschaftige dahin geäußert haben, die Schuld an dem Unfall treffe einer Vorgesetzten; dieser habe das Signal „aufziehen“ gegeben, während die Arbeiter vor dem Boche standen. — Das Unglück ist geschehen; die polizeiliche Untersuchung kommt; aber keiner wagt es, die Beschuldigung zur Klarstellung der Sache zu wiederholen. Da die Arbeiter am Hofhofen fast sämtlich gelb sind, ist es auch uns nicht möglich, den wahren Sachverhalt einwandfrei hier festzustellen. Wie viel freier und selbständiger könnten die Kollegen leben, wenn sie der Organisation, dem christlichen Metallarbeiterverband, angehörten.

Wo ihr Kollegen von Sulzbach-Rosenberg, und auch ihr Arbeiterfrauen, arbeitet unangenehm an der weiteren Ausbreitung und Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes mit. Werde keiner für die Folge mehr zum Zubas an seinen, seiner Familie und seines Standes Interessen für ein paar Silberlinge. Zeigen wir uns als Männer von Charakter, wie es sich für Oberhäupter ziemt. Klären wir auch die Gelben auf über die unwürdige Rolle, zu der man sie mißbraucht. Ruhet wir nicht eher, bis daß der letzte Mann zu uns gehört, dann werden auch bald bessere Verhältnisse für uns geschaffen werden können.

Hagen i. W. (Kleingewerbe.) Endlich ist es uns auch hier in Hagen gelungen, eine besondere Sektion für die in den Kleinbetrieben beschäftigten Kollegen ins Leben zu rufen. In einer am Samstag den 8. Juli im Lokale von Eilhoff stattgefundenen Versammlung referierte Kollege Gröne-Essen über „Die Notwendigkeit der Kleingewerbe-Sektionen“. In fast einhündigen Vorträge legte er dar die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den handwerksmäßigen Betrieben dar. Die Löhne im Schlosser-, Schmiede-, Klempner- und Elektromonteurgewerbe lassen viel zu wünschen übrig. Besonders sind es aber die Fuß- und Wagenschmiede, welche durchgreifender Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse bedürfen. Hier wird vielfach noch im Bodenlohn gearbeitet, dazu reißt das Rob- und Logiswesen in „schöner Blüte“. Wegen aufständiges Rob- und Logiswesen haben auch wir nichts. Aber beim Sperling unterm Dach, wo manchmal noch der Wind durch die Fugen pfeift, müssen die Gesellen meist ihre „freien“ Stunden zubringen. Die überlange Arbeitszeit im Schmiedebetrieb läßt es auch bei den Schmiedegesellen nicht zu, über die eigene wirtschaftliche Lage nachzudenken.

Zu etwa besser sind die übrigen Berufe des Kleingewerbes gestellt. Eingubilden braucht sich natürlich keiner etwas. Andere handwerksmäßigen Berufe haben uns den Weg gezeigt, den wir gehen müssen. Auch wir müssen einmal zu Tarifverträgen kommen. Notwendig ist es aber, daß wir eine energiegelagte Agitation in allen Berufen entfalten. Dieses ist nur möglich durch gut geleitete Kleingewerbe- oder Branchen-Sektionen. In der Diskussion wurde die Notwendigkeit der Kleingewerbe-Sektionen weiter erörtert. Das Resultat war die Grün-

dingung einer besonderen Mitteilung. Aus allen Berufen wurden Kollegen in den Vorstand gewählt. — Kollegen, jetzt ist es unsere Aufgabe, eifrig zu agitieren und die neugeschaffene Einrichtung gut auszunutzen.

Magdeburg. (Kotter Terror und kein Ende.) Zu diesem Kapitel können wir einen typischen Beitrag liefern. Findet da unser Mitglied Kollege G. in der hiesigen Filla der Firma Kärtheimer Arbeit und tritt seine neue Stelle an. In aller Ruhe geht er auch wirklich einige Wochen seiner Arbeit nach. Da erfahren auf einmal die Herren „Gesossen“ von der Mitgliedschaft des Kollegen im christlichen Verband und die berüchtigte „Werbearbeit“ der Ueberrechichtigten begann. Die Art und Weise, wie sie das machten und die ripelhaften Anwürfe der Genossen veranlassen den Kollegen eine diesbezügliche Beschwerde an den zuständigen Organisationsbeamten der Genossen zu richten. Doch, da hat er augenscheinlich den Teufel bei Besetzung verlagert. Denn die G. wird nun noch um einige Grad toller getrieben wie vormals. Daß da vor allen Dingen die religiöse Ueberzeugung des Kollegen verhöhnt und besudelt wird, ist für die sittliche Größe der „Freiheitskämpfer“ und „Menschheitsbrüderer“ wohl bezeichnend.

Aus dem vollen Antostressikon entlehnten dann die Genossen noch Ausdrücke und Phrasen wie: „gelber Affe“, „gelber Hund“, „an die Kette gelegt müßte er werden“, „er wäre wert, vom Eisenbahnzug überfahren zu werden“ zc. Durch allerhand Mittel und Schlägen wird dem Kollegen auch der Aufenthalt in den Häusern während der Pause verweigert. Außerhalb muß er sich irgend einen Platz suchen, um in Ruhe seine Mahlzeiten einnehmen zu können; in Ruhe? — nein, selbst da noch verfolgt man ihn mit Schlägen. Da nun der Kollege trotzdem seine Ueberzeugung hochhält, stellen ihm die Genossen in Aussicht, daß zum Winter noch kräftiger (lies flegerhafter) eingeseht werden solle. Entweder übertreten oder — er werde dann auf die Straße gedrängt und bei der dort herrschenden Arbeitslosigkeit ins Elend kommen!

Und alle diese Treibeien werden ausgeheckt, und ins Wert gesetzt, trotzdem der „freie“ Gewerkschaftsbeamte Kenntnis von der Sache hat. Da ist doch wohl die öffentliche Aufgabe am Platze: Wird dieser Terrorismus Andersdenkender durch Mitglieder der sozialdemokratischen Verbände von deren Führern gut geheißt?

In einem in diesem Betriebe verbreiteten sozialdemokratischen Flugblatt heißt es mit Bezugnahme auf die kommende Reichstagswahl: „Das rote Banner der Menschlichkeit muß wieder von den Mauern Magdeburgs wehen.“ — O Jerum! Wenn die Menschliche unter dem roten Banner aber aussteht, wie oben geäußert, dann weh benehen, die so geliebt werden!

Darum, ihr christlich und national-gesinnten Arbeiter Magdeburgs, aufgemacht! Arbeitet wir mit Fleiß und Ausdauer an der Ausbreitung und Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes und unserer christlich-nationalen Gesamtbewegung. Fort damit mit aller Gesundheit und Fleißigkeit aus unseren Reihen; zeigen wir den roten Terroristen, daß wir Männer sind, die für ihre ehrliche Ueberzeugung und die Interessen des Arbeiterstandes einzustehen, zu kämpfen und zu siegen wissen.

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen!**
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Samstag, den 29. Juli:**
Magdeburg. Zu der Schützenhalle Wintergasse. 8 Uhr bei Paul, Bahnstraße.
Dortmund. Abends 8:30 Uhr öffentliche Kartellversammlung im Reihnisdshof. Referent: Kollege Behrens-Essen (M.-V.-D. und Sozialdemokrat).
Gienach. Abends 8:30 Uhr in der Glenda.
Gießen-Verseborbeck. Abends 8 Uhr bei Westhoff, Hofstraße.
Gladbek. Abends 7:30 Uhr bei Rortpot (Christl. Gewerkschaftshaus).
Hannover-Rinden. Abends 8:30 Uhr im Kriegerheim.
Hannover-Wülffel. Abends 8:30 Uhr bei Rosenbusch.
Hannover-Hilberstein. Abends 8:30 Uhr im Braunschweiger Hof.
Köln-Grenfeld. Abends 9 Uhr bei Körndörfer alle christlich organisierten Kollegen.
Koblenz. Abends 8:30 Uhr im Hotel „Victoria“. Referent: Kollege Witz-Engen. Die durchreisenden Kollegen mögen beachten, daß unser Lokal nicht mehr „Spazzo“, sondern „Victoria“ heißt.
Sonntag, den 30. Juli:
Wochum. Vorm. 11 Uhr öffentliche Kartellversammlung. M.-V.-D. Referent: Kollege Witz. Behrens.
Berlin-Ober-Schönebeck. Vorm. 11 Uhr bei Olesch.
Büffelborn-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Schützen, Mühlenerstraße.
Quisburg. Punkt 1.30 Uhr von der Werthamer Jagd: Abfahrt mit dem Dampf nach Kaiserwerth. Karten im Büro Geertz. 178.
Köln-Rath-Genmar. Mittags 1 Uhr bei Krein.
Köln-Lindenthal. Morgens 11 Uhr bei Sadeler, Bademerstraße.
Gießen (Elektromonteur). Vorm. 11 Uhr bei Schmitz, Staelerstr. 61.
Essen-Kleingewerbe. Nachm. 2 Uhr am Hauptbahnhof, Höhenburgstraße, Treffpunkt zum Ausflug.
Dortmund-Görne. Vorm. 11 Uhr bei Drees.
Saßpe. 1.30 Uhr bei Wirt Karl Brünter antreten zur vollständigen Beteiligung am Festzuge.
Neunkirchen. Abends 8 Uhr bei Schleppe, „Zum Stern“.
Siegburg. Vorm. 10.30 Uhr im Lokale Winkler (a. o. Berf. für Mühl. und Nächstmitgeber).
Bettel. Vorm. 11 Uhr im evang. Vereinssaale.
Dienstag, den 1. August:
Gelsenkirchen-Gillen. Abends 6.15 Uhr bei Nachbarschule.
München. (Mechaniker und Elektromonteur). Abends 8 Uhr im Gasthaus Leopoldstadt, Seussfelderstraße 11.
Wittmoos, den 2. August:
Woraborn-Greng. Abends 9 Uhr in der Traube (M.-V.-D.) Ref. Kollege Kuhn.
Samstag, den 5. August:
Grele-Kabel. Abends 8:30 Uhr bei Schürmann.
Gelsenkirchen-Neukadt. Abends 8 Uhr bei Massus.
Hamburg. Bei Schröder Talstr. 97 mit Vortrage.
Köln-Stadt. Abends punkt 9 Uhr im Bierseel Dreieckstr. 114.
Köln-Rath. Abends punkt 9 Uhr bei Hönigsberg, Bremerstraße.
Karlruhe. Abends 8:30 Uhr im Palmgarten, Gerrenstr. 34a; vorher Abrechnen der Vertretungsmänner mit dem Hauptreferent.
Paderborn. Abends 8:30 Uhr für Klempner und Installateure Wasserkunst 1.
Sonntag, den 6. August:
Altenhagen. Vorm. 11 Uhr bei Steinhaus.
Köln-Gumboldt-Kolonie. Morgens 11 Uhr bei Gut, Wattstraße.
Köln-Wingst. Morgens 11 Uhr bei Flohe.
Köln-Voll. Morgens 11 Uhr bei Hübender, Hauptstraße 28.
Köln-Schnellweide. Morgens 11 Uhr bei Graf.
Essen-Ortsverwaltung. Quartals-Generalsammlung 10:30 Uhr im Berelnshaus, Unterdriftstr. 6. W.
Schwab-Gemünd. Alle Sektionen beteiligen sich am Waldfest.
Bonn. Bei Strie, sehr wichtig, fehle niemand!
Frier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchen an der Weerfeldgasse.
Paderborn. Vorm. 11 Uhr für Schlosser und Dreher, Wasserkunst 1.